

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Samstags und Montags aus-  
genommen. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin  
10,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Post-  
bezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Einfluß  
des Krieges für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M.  
Inwieweit das Ausland für Deutschland und Österreich 20,- M.  
Wochensatz, Spedition und Verlag: Berlin 22, Breite Straße 3-5.

Die schlagenswerte Kampfschrift oder deren Name kostet 2,- M., einschließlich  
Lehrerunterstützung. Kleine Anzeigen: Das fertige Blatt kostet 2,- M., jedes weitere  
Wort 1,50 M., einschließlich Lehrerunterstützung. Sonstige Anzeigen laut Tarif.  
Sonstige Anzeigen und Einzel-Belege 3,20 M., netto pro Zeile. Einzel-Belege  
in Wort-Anzeigen: das fertige Blatt kostet 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M.  
Verleger: Jentzen 2030, 2045, 4518 4603, 4635, 4648, 4922.

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Arbeiter, bleibt wachsam!

### An die deutsche Arbeiterschaft!

In Verfolg unseres Aufrufs vom 7. August haben mehr-  
fach Verhandlungen mit der Regierung stattgefunden. In  
der Verhandlung mit der Reichsregierung am 23. August  
wurde uns zugesagt, daß die Prüfung der Waffen- und  
Munitionstransporte unter entscheidender Mitwirkung der  
Vertreter der Arbeiterschaft erfolgen soll.

In Widerspruch mit diesen Vereinbarungen hat der  
Reichsverkehrsminister Gröner Verfügungen erlassen, durch  
welche diese Mitwirkung der Arbeiterschaft ausgeschaltet  
werden soll. Wir erheben gegen diese Verfügungen sofort  
Einspruch und verlangen ihre Zurücknahme. Der Reichs-  
verkehrsminister Gröner lehnte aber ab, uns zu empfangen.  
Auch der Reichsfinanzminister fand sich zu entscheidenden Verhand-  
lungen mit uns nicht bereit, weil in der Sitzung des par-  
lamentarischen Beirats und des Entwaffnungskommissars  
am 4. d. M. eine Neuordnung der Transportprüfungen be-  
schlossen werden soll.

Wir wissen nicht, welche Beschlüsse der parlamentarische  
Beirat fassen wird. Deshalb fordern wir die Arbeiterschaft  
auf, auch weiter wie bisher gemäß unserem Aufruf vom  
7. August zu verfahren.

Führen die Anordnungen des Verkehrsministers zu Maß-  
regelungen, so können die Eisenbahner sicher sein, daß die  
organisierten Arbeiter geschlossen hinter ihnen stehen.

Berlin, den 3. September 1920.

Für den Allg. Deutschen Gewerkschaftsbund: **Grämann.**

Für die S. P. D.: **Weinshild.**

Für die U. S. P. D.: **Rosenfeld.**

Für den Deutschen Eisenbahner-Verband: **Brunner.**

Für den Deutschen Transportarbeiter-Verband: **Bender.**

### An die Transportarbeiter und Eisenbahner- organisationen aller Länder!

Kameraden!

Das Exekutivkomitee der Internationalen Trans-  
portarbeiter-Föderation konstatiert mit großer Be-  
friedigung, daß seinem in dem Manifest an die Transportarbeiter,  
Seelente und Eisenbahner gerichteten Appell, die Beförderung von  
Waffen und anderem Kriegsmaterial, das dem Kampf der  
Reaktion gegen das russische Volk dient, zu weigern, von den  
der I. T. F. angeschlossenen Organisationen Folge geleistet  
wurde, als wäre es ein dringender Befehl.

### Wie die Neutralität nicht sein soll

Von der Kontrollkommission für Waffen-, Munitions-  
und Truppentransporte wird uns berichtet:

Am Hamburg, Lehrter Bahnhof (Verl. Abt.)  
sind aufgegeben 6 Kisten Parabellumpistolen mit Munition, Zeich-  
nung der Kisten L D I 4783. 1-2, 4784. 1-2, 4785. 1-2. Emp-  
fänger ist „Prinzin“ Herbsthal, Bestimmungsort: Tachen, Abf.  
Expeditur Koch, Köpenicker Str. 54, im Frachtdruck als Abfender  
bezeichnet Abtlg. West-Europa.

Güterabfertigung Spandau, 3 Kisten optische Geräte nach  
Schneidemühl, Abfender Zeugamt Spandau, Französische Militär-  
kommission.

Bahntelegramm: An: Wf. Sw. und M A von Münster 2g bis  
Cuxhaven Wf. und Sw. Geestmünde West. — Fahrt-Nr. 52140  
mit 54 Wg. 18 Offz. 358 Mann 30 Wf. 46 Fahrl. 14 Fahrl. 1 Wg.  
Gepäd. 4 Kistenwehr. Ab Münster 2g. 2. Sept. 12.05 norm. F. M.  
335 bis Bremen, F M 201 bis Geestmünde-Bremmerhaven F M 811  
Ziel Cuxhaven. Erforderlich 1 Offz. 8 Mann, 10 Wf., 28 F. 1 G  
am 1. 9. 2 nachm. Unterschrift D H A 32 unleserlich.

Trotz der Telegrammbriefe des Reichsverkehrs-  
ministers an die Eisenbahndirektionen haben die Betriebsräte  
folgende Entschlieung angenommen: Die heute am  
31. August im Gewerkschaftshaus tagenden Betriebsräte der  
Eisenbahndirektion Berlin, der Werkstätten und der Betriebs-  
werkmeistereien des Deutschen Eisenbahnerverbandes  
legen schärfsten Protest ein gegen die Erlasse des Reichsver-  
kehrsministeriums, wonach die Kommissionen zur Überwachung  
der Truppentransporte aufgehoben werden sollen. Die Betriebs-  
räte werden sich auch durch Drohungen mit Entlassung nicht ein-  
schüchtern lassen, sondern die Truppentransporte, Waffen, Muni-  
tions- und Kriegsgeräte nach wie vor anhalten, bis die  
Reichskommission die Transporte erlaubt.

Die Antworten, die wir auf unser Manifest empfingen, vor  
allem aber die Haltung selbst der Transport- und Eisenbahn-  
arbeiter in den verschiedenen Ländern, beweisen, daß der Aufruf  
der I. T. F. den Arbeitern aus der Seele gesprochen war  
und das, was das Exekutivkomitee verlangte, nur dem entsprach,  
was in den Herzen und Köpfen des Transport-  
arbeiterproletariats aller Länder lebt.

Soweit wir die Sachlage beurteilen können, ist die Arbeits-  
weigerung allgemein, sobald es sich um die Beförderung  
und Verladung von Kriegsmaterial handelt. Ueberall er-  
greifen die Transportarbeiter ohne Zögern Partei gegen die  
Reaktion, gegen den Militarismus, gegen den  
Kapitalismus.

In zwei heute eingelangten Telegrammen — des Aktions-  
komitees der britischen Arbeiterbewegung und des Vor-  
standes der englischen Transportarbeiter-  
organisation, letzteres unterzeichnet von Robert Wil-  
liams, Harry Gosling und Ernest Bevin, — werden wir  
erzählt, den deutschen, französischen, belgischen, österrei-  
chischen, tschechoslowakischen, italienischen, holländischen und anderen Trans-  
port- und Eisenbahnarbeitern, die sich der Beförderung von Kriegs-  
material zu Gunsten des internationalen Kapitalismus gegen  
Sowjetrußland so erfolgreich widersetzen, die herzlichsten  
Glückwünsche zu übermitteln.

Es gereicht uns zur Freude, diese Glückwünsche allen Transport-  
und Eisenbahnarbeitern vermitteln und andererseits den Glück-  
wunsch und den Dank des Exekutivkomitees der I. T. F. an alle  
die Arbeiter — nicht zuletzt an die britischen — hinzufügen zu  
können, die in so vorbildlicher Weise ihre internationale, sozialisti-  
sche und revolutionäre Pflicht erfüllen.

Kameraden!

Ihr habt bis jetzt wie ein Mann — und dies in einzelnen  
Ländern unter äußerst schwierigen Umständen — der interna-  
tionalen Parole Folge geleistet. Wir danken Euch dafür, eschen  
Euch aber gleichzeitig wachsam zu bleiben und in Eurer  
prachtvollen Haltung auszuharren, bis ein gerechter  
Friede geschlossen und die Gefahr eines neuer-  
lichen Weltkrieges abgewendet ist.

bleibt wachsam!

Verweigert auch weiter jeglichen Transport von Kriegsmaterial!

Transportarbeiter, Seelente und Eisenbahner aller Länder,  
bleibt vereint und einig in dem glorreichen Kampf gegen Reaktion,  
Militarismus und Kapitalismus!

Für das Exekutivkomitee der I. T. F.

Edo Jimmen, Sekretär.

Ferner wird uns mitgeteilt:

Die Kontrollkommission Berlin-Brandenburg hat sich in der  
gestrigen Sitzung dahingehend ausgesprochen, daß die Kontrolle  
der Waffen-, Munitions- und Truppentransporte entsprechend  
dem Aufruf des Internationalen Gewerkschafts-  
bundes der Reichskontrollkommissionen weiter  
durchzuführen ist.

### Waffenschiedungen

Seitern ist dem Zentralverband der Fleischer aus  
Pölkitz bei Mezeritz eine Nachricht zugegangen, die Mit-  
teilung macht über einen eigenartigen Geschütztransport,  
der in der Nacht vom 24. zum 25. Juli und am Montag, den  
30. Juli zur Ausführung gelangte. Der Transport der Geschütze  
geschah mittels Autos, passierte die Straße Bollitz nach Weisse  
und fuhr weiter in den 8000 Morgen großen, dem Grafen zu  
Dohna von Hiltter-Gebdingen gehörigen Wald. Hier liegt an-  
scheinend eine Waffenschiedung oder Waffenhinter-  
ziehung vor; denn zur Beruhigung der dortigen Bevölkerung  
ist das Gerücht verbreitet, es ründe ein Angriff der Polen  
benor.

Was denkt der Entwaffnungskommissar zu tun?

### Generalstreik und Massenaussperrung in Italien

Mailand, 3. September.

Nach dem „Corriere della Sera“ haben die Sozialisten von  
Triest und Umgebung beschlossen, in den Generalstreik zu  
treten, der sich über ganz Venetien und Triest erstrecken soll.

Paris, 3. September.

Nach einer Radiomeldung aus Rom hat der Verband der  
Metallindustriellen die Aussperrung für ganz Italien beschlossen.  
Der Arbeitsminister Lauro hat zu vermitteln gesucht, jedoch  
sollen sich die Arbeiter ablehnend verhalten. Bei der Belegung  
der Fabriken durch die Arbeiter kam es in Genua auf dem  
Oberwerke zu Zusammenstößen mit der Polizei, die  
von der Waffe Gebrauch machte. Ein Arbeiter wurde getötet,  
zwei schwer verletzt.

### Der württembergische Streik

Stuttgart, 3. September.

Der Generallstreik ist beendet, die Arbeit wird  
Montag wieder aufgenommen. Die Versammlung  
der Betriebsräte hat die zwischen den Unternehmern  
und Arbeitern im Beisein der Regierung getroffenen Ver-  
einbarungen noch anzuerkennen. Die Daimler-  
Werke blieben den Verhandlungen fern. Alle Streikenden  
und Ausgesperrten, die sich keine schweren Verletzungen haben  
zuschulden kommen lassen, werden wieder eingestellt,  
die Streiktage werden nicht bezahlt. Von der letztgenannten  
Entscheidung hat die Kommission lediglich Kenntnis ge-  
nommen und will die Entscheidung der ordentlichen Ge-  
richte und des Landtages herbeiführen.

Der nachfolgende Artikel, der uns bereits am 1. Sep-  
tember geschrieben wurde, verdient trotz der Beendi-  
gung der Bewegung ernsthafte Beachtung.

Will man das Wesen des Kampfes verstehen, den die würt-  
tembergische Arbeiterschaft jetzt führt, so muß man unter-  
scheiden zwischen den wahren Ursachen und jenen Anlässen,  
die von der Regierung mit Vorbedacht in den Vordergrund  
geschoben werden.

Es ist richtig, daß der Steuerabzug hier in Württemberg  
die Massen weit mehr erregt und das politische Leben weit  
stärker beeinflusst hat, wie in Norddeutschland. Besonders  
die Arbeiter der Großbetriebe waren von dieser Bewegung  
ergriffen. Es ist aber un wahr, daß die Regierung deswegen  
zu jenem Gewaltstreik schreiten mußte, den sie am Donner-  
stag voriger Woche durch die Schließung und militärische Be-  
setzung der drei Großbetriebe (Daimler, Bosch, Esslinger  
Maschinen-Fabrik) Stuttgarts ausführte. Es handelt sich  
hier, und das haben besonders die inzwischen geführten Ver-  
handlungen mit der Streikleitung und Regierung für jeden  
deutlich erkennen lassen, um einen Anschlag der Unternehmern,  
besonders des Kammerzienrats Berge von der D. M. G.  
gegen die Arbeiterschaft. Man will die Gelegenheit be-  
nutzen, um die Arbeiterschaft zu „heben“. Man will Be-  
triebseinschränkungen großen Stils durchführen, fürchtet aber  
bei normalem Verlauf die Erregung der Arbeiterschaft. So  
suchte man nach einem politischen Anlaß und benutzte die  
Bewegung gegen den Steuerabzug.

Die Erregung der Arbeiterschaft ist begreiflich. Die Kampf-  
lage war nicht günstig, da die Regierung geschlossen mit dem  
Unternehmertum aufmarchierte und die Wirtschaftskrise die  
ökonomische Position der Arbeiterschaft schwächte. Dazu kam  
die unklare Verquickung von Steuerabzug und Aussperrung,  
die weidlich ausgenutzt wurde, um die öffentliche Meinung  
gegen die Streikenden zu beeinflussen und vor allem, um die  
Eisenbahner vom Streik fernzuhalten.

Es ist sehr zu begrüßen, daß im Laufe der Verhandlungen  
die Betriebsrätevollversammlung, die hier in Stuttgart in  
lehter Instanz den Gang der Verhandlungen bestimmt, un-  
zweideutig erklärt hat, daß der Kampf nicht um den Steuer-  
abzug, sondern um die restlose Wiedereinstellung der ausge-  
sperrten und der am Generallstreik Beteiligten geht. Selbst  
die von der Regierung gestellte Forderung, daß jeder ein-  
zelne Arbeiter sich schriftlich verpflichten soll, dem Steuerab-  
zug sich nicht zu widersetzen, hat die Betriebsrätever-  
sammlung am gestrigen Dienstag zugestimmt. Allerdings mußten  
sie sich dem Verlangen der Regierung, den Aktionsausschuß  
nicht anzuerkennen, für die Regelung der Wiedereinstellung  
und der damit zusammenhängenden Fragen, strikte ablehnend  
verhalten. Das Bestreben, diese Kernfrage den Gewerk-  
schaften der einzelnen Berufe zuzuschieben und so die Ver-  
handlungen zu zersplittern, ist nur zu durchsichtig. Die Re-  
gierung will die Bewegung zerfassen und sie gibt vor allem  
bislang in der Frage der Zurückziehung der Truppen von  
Beendigung des Generallstreiks nicht nach, sondern verlangt  
bei allen Schwankungen der Verhandlungen ständig zunächst  
Abbruch des Streiks, dann Zurückziehung der Truppen.  
„Wenn wir nur erst zu Hause sind, wird sich schon alles fin-  
den“, denkt das Unternehmertum und sein Vertreter, Mi-  
nister Graf.

So dauert der Generallstreik fort und er wird auf dem  
Landes noch schärfer durchgeführt wie in Stuttgart, wo durch  
technische Nothilfe Gas und elektrische Beleuchtung funk-  
tionieren. Die Straßenbahnen streiken, die Industriebetriebe  
ruhen fast ausnahmslos. Unnötig zu sagen, daß die gelben  
Angestelltenverbände den Streik nicht anerkennen und ihn  
zu sabotieren suchen. Der letzte Beschluß der Betriebsräte-  
versammlung wird aber die Hirsch-Duncker'schen und christ-  
lichen Gewerkschaften vor die entscheidende Frage stellen, ob  
sie sich dem Streik anschließen wollen oder nicht. Ihre Er-  
klärung, den Streik nicht mitzumachen, weil es sich um den  
Steuerabzug handle, ist durch die Einwilligung, sogar die  
Einzelerklärung der Bereitschaft Zahlung zu leisten, hinfäl-  
lig geworden. Sie müssen jetzt für die Wiedereinstellung der  
Streikenden mitkämpfen oder sich als Schutztruppe des Un-  
ternehmertums offen bekennen. Nur durch Streitanjahn  
erhalten sie auch Vertretung im Aktionsausschuß.

Den jetzigen Stand der Verhandlungen und das hinterläßige Verhalten der Regierung kennzeichnet folgende mündliche Erklärung, die am Dienstag abend abgegeben wurde:

Die Zurückziehung der Posttruppen aus den Betrieben kann erst erfolgen, wenn die Erfüllung der Forderungen über den Steuerabzug von jedem einzelnen Arbeiter schriftlich gegeben ist, der Abbruch des Generalstreiks erfolgt ist und die Sicherstellung eines ungehinderten Betriebes gewährleistet ist.

Die Regierung erkennt das Aktionskomitee als Verhandlungsberechtigte der streikenden und ausgeperrten Arbeiter an, hält aber eine Verständigung in dieser Frage mit den Arbeitgebern für notwendig. Die Regierung duldet nicht, daß die Frage der Wiedereinstellung mit der Frage der Betriebsbeschränkung verquickt wird.

Das bedeutet ein verschleiertes Zugeständnis an die Arbeiterschaft, durch Anerkennung des Aktionsausschusses, der zur Mehrzahl aus Betriebsräten, einigen Vertretern der Gewerkschaften und einigen Vertretern der politischen Parteien besteht, und eine gewundene Erklärung in Sachen der Wiedereinstellung, aber eine volle Absage in dem wichtigsten Punkt, der Zurückziehung der Truppen.

Die Hauptschuld, daß die Regierung ein solches Spiel spielen kann, trägt die Haltung der Eisenbahner. Diese, besonders in Württemberg, organisatorisch zerstückelte mit den Ueberlieferungen des Staatsflaventums belastete Schicht, verhält sich dem Streik gegenüber, trotz Sympathieerklärungen, passiv, die Werksstättenarbeiter zum Teil ausgenommen. Dabei würde die Stillelegung des Eisenbahnnetzes das schärfste Druckmittel auf die Regierung darstellen.

Es ist abzuwarten, ob nach Ausscheldung des Steuerabzugs aus dem Kampfe in so klarer bestimmter Form es gelingen wird, auch das Fahrpersonal in den Kampf um das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter hineinzuziehen.

Der hiesige Generalstreik ist keine lokale Angelegenheit, und die Arbeiterschaft Deutschlands muß ihm trotz aller anderen wichtigen Vorgänge ernste Beachtung schenken. Es ist ein Versuch des Großunternehmertums, die Arbeiterschaft zu sieben und sie wieder ihrem Despotismus zu unterwerfen. Gelingt der Streik, so werden weitere Versuche folgen.

Die militärischen Vorbereitungen, Besetzung öffentlicher Gebäude, Eisenbahnbrücken, einzelner Elektrizitätswerke, das Spazierenfahren der Reichswehr in den Straßen Stuttgarts haben bisher den erwünschten Erfolg von Provokationen noch nicht gehabt. Die Arbeiterschaft ist völlig ruhig und führt ihren Kampf mit Besonnenheit und Energie.

### Der Bericht der Sozialisierungskommission

Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht gestern Auszüge aus dem Bericht der Sozialisierungskommission, die natürlich in ihrer Unvollständigkeit ein ungenügendes Bild von dem Bericht geben. Die Veröffentlichung kann nur auf eine Inflation zurückzuführen sein. Es liegen zwei Vorschläge vor, ein Vorschlag der Minderheit mit 10 Stimmen und ein Vorschlag der Mehrheit mit 11 Stimmen. Während die Minderheit an der Volksozialisierung des Bergbaus nach dem Bericht der norwägischen Sozialisierungskommission festhält, hat die Mehrheit einen Vorschlag ausgearbeitet, der eine schwächliche gemeinschaftliche Regelung vorsieht. Daraus enthält das „B. T.“ folgendes:

Es wird der Versuch gemacht, zwar den Unternehmer als verantwortlichen Kauteler zu beteiligen der Wirtschaft zu erhalten, ihm aber alle Monopolrechte und Ausschichten auf Differenzialrenten (die Mehrerträge der unter günstigen Abbaulagen arbeitenden Werke), ferner die Bestimmung des Preises und Gewinnes, die Leitung der gewerblichen Politik zu entziehen, seine Wirtschaft durchschlaglich und kontrollierbar zu machen und seinen Besitz im Bereich eines gesetzlich festgelegten Zeitraums (nicht über 30 Jahre) zugunsten der Allgemeinheit zu enteignen. Der bisherige Reichssozialisierungsband (die selbständige Vereinigung der Kandidaten) wird aufgelöst. Statt seiner wird der Reichssozialrat der einzige Gesamtträger der deutschen Kohlenwirtschaft, der die Funktionen eines Zentralinstituts übernimmt. Der Reichssozialrat ist kein privatwirtschaftliches Gebilde, sondern eine Körperschaft öffentlichen Rechts, die alle Ueberhörsche dem Reichshaushalt überweist.

Die Preispolitik des Reichssozialrats wird nach der Richtung orientiert, daß die an die Erzeuger vergüteten Selbstkosten den Verkaufspreis ergeben. Zu diesem irenen die Verkaufszuschläge. Nach Abzug der Betriebsunkosten verbleibt in der Hand des Reichssozialrats der Gewinn. Die Verkaufszuschläge sind so zu bemessen, daß daraus zu decken sind: Verzinsung und Rückzahlung der Werkschulden, Verzinsung und Tilgung der Investitionen der Werke, Verzinsung des verantwortlichen Betriebskapitals, Prämien für Reherzeugung und Erzeugungsoverbilligung, die Tilgung des Besitzübernahmekapitals, gemeinwirtschaftliche und gemeinnützige Vergütungen oder Preisermäßigungen, die der Reichssozialrat festsetzt.

Der Reichssozialrat wird aus den Betriebsleitern, Angestellten, Arbeitnehmern, Verbrauchern und Sachverständigen zusammengesetzt. Ueber die Art der Zusammensetzung werden spezielle Vorschläge nicht gemacht.

Die Funktionen des Reichssozialrats werden durch ein von ihm zu bestellendes Reichssozialratdirektorium ausgeübt. Außerdem bildet es Fachauschüsse zur Bearbeitung technischer und sozialpolitischer Fragen. Die örtlichen Einzelinstitute sind dem Reichssozialrat als reine Verkaufsstellen angegliedert; sie dürfen keine Gewinne machen und können späterhin als „Handelsstellen“ mit dem Reichssozialrat verbunden werden. Die Einzelunternehmungen stehen zum Reichssozialrat im Verhältnis von privaten, in Lohn arbeitenden Erzeugungsfaktoren, deren Betriebe zur gegebenen Zeit vom Reichssozialrat übernommen werden.

### Ein Pechvogel Eugen Ernst abgelegt

Wie die „B. V. N.“ an zuständiger Stelle erfahren, ist der Polizeipräsident von Breslau, Eugen Ernst, durch Beschluß der Preussischen Staatsregierung vom 3. u. mit dem gleichen Tage in den einjährigen Ruhestand versetzt.

Es hat wahrhaftig Pech mit der Polizei, der Eugen Ernst. Zeit seines Lebens führt er einen Kampf mit den Behörden der Ordnung. Darum hätte er unferos Erachtens den endgültigen Ruhestand reichlich verdient. Wir nehmen auch an, daß sein persönlicher Gehalt an öffentlicher Blamose, die er sich und anderen in seiner Tätigkeit in „gehobener Position“ reichlich eingebracht hat, gedeckt sein dürfte. Also adieu, Eugen Ernst!

### Sechsts feige Ausreden

In einer von M. B. verbreiteten Meldung wird die Echtheit des von uns im gestrigen Abendblatt wiedergegebenen Befehls General Is. Sechsts durchaus bestritten. Aber anstatt das offen und freilich zuzugeben, verstickt sich der große General hinter die faule Ausrede, der Befehl sei ein im Urlaub geschriebener „Befehl“ gewesen. Wie unwahr diese Behauptung ist, erhellt die Tatsache, daß der Befehl ausdrücklich die Ortsbezeichnung „Berlin“ trägt und sowohl seine Form als auch sein Inhalt deutlich den Charakter

eines Befehls tragen. Es bleibt also alles bestehen, was wir in unserer Kritik des Erlasses bereits gesagt haben.

Trotz dieser Sachlage zieht es Herr Reichswehrminister Gehler vor, sich in Schweigen zu hüllen. Er will anscheinend der Öffentlichkeit zeigen, daß sowohl die Ehre, als auch die Anschauungen eines demokratischen Ministers es durchaus zulassen, alle, auch die allerreaktionärsten Taten in seinem Ressort zu bedenken. Für uns hat es dieses Beweises allerdings niemals bedurft.

### Triffin und Alkoholismus

In der „Bayerischen Staatszeitung“ ist kürzlich eine statistische Arbeit über den Zusammenhang von Alkoholmißbrauch und Triffin veröffentlicht worden, die darüber neue Klarheit schafft. Es ist der bayerische Bierverbrauch für 1906 bis 1918 ermittelt worden, ebenso der Zugang an Geisteskranken. Der Bierverbrauch betrug in Bayern pro Kopf der Bevölkerung im Jahre 1906 bei einem Stammwurzgehalt von 12,7 Gewichtsprozent 238,9 Liter, im Jahre 1918 dagegen nur noch 138,8 Liter mit 3,3 Prozent Stammwurz. Der Zugang an Geisteskranken

### Aufruf zum Internat. Jugendtag!

An die gesamte arbeitende Jugend!  
An das Klassenbewußte Proletariat!

Wie im Vorjahre am 7. September die revolutionäre Jugend in allen Ländern auf die Straße ging, um ihre Forderungen, die Forderungen des revolutionären Proletariats, zu bekräftigen, so wird in diesem Jahre die Jugend am

5. September

unter den Parolen der kommunistischen Jugend-Internationale demonstrieren.

Die Jugend wird an diesem Tage, begeistert durch den heroischen Kampf der Arbeiter und Bauern Russlands, den Beweis ihrer Treue zur proletarischen Revolution wiederum erbringen. In allen Betrieben und Werkstätten, über all da, wo jugendliche ausgebeutet werden, muß unser Ruf erschallen, müssen die Herzen und Hirne der Arbeitsbedürftigen für die große Sache des Proletariats gewonnen werden. Immer lauter und gewaltiger muß unser Lied erklingen:

Wacht auf, Verdammte dieser Erde,  
Die stets man noch zum Snugern zwingt!  
Das Recht, wie Blut im Kratescheide,  
Nun mit Macht zum Durchbruch bringt!

Der 5. September muß die mächtigste Demonstration des Jungproletariats werden!

Der internationale Jugendtag soll für uns ein Kampftag sein. Die internationale Kapitalistenklasse soll spüren, daß ein junges Geschlecht im Werden ist, vor dem sie zu zittern hat. Die Jugend wird ihren revolutionären Willen lauthin und zeigen, daß sie bereit ist, alles zu opfern, wenn es gilt, die letzte Schlacht im proletarischen Befreiungskampfe zu schlagen. Und, die wir in Deutschland in einem mit großer Leidenschaft geführten Kampfe gegen die Konterrevolution sehen, wird der internationale Jugendtag neue Kraft und neuen Mut zum weiteren Kampfe geben.

Wir werden erfüllt mit neuer Zuversicht und neuer Hoffnung, wenn wir am 5. September unsere Gedanken über die Grenzen hinweg zu unseren kämpferischen Brüdern der ganzen Welt senden, die genau so wie wir erfüllt sind vom Wunsche, frei zu werden von aller Knechtschaft, von aller Tyrannei.

Arbeitende Jugend! Junge Proletarier!

Heraus aus den düstern Werkstätten und staubigen Kontoren, beweist durch die Tat, daß ihr nicht länger gewillt seid, die Seiten der Ausbeutung und Unterdrückung zu tragen, folgt mutig und ohne Zaudern der kommunistischen Jugend-Internationale, der zielklaren und konsequenten Führerin des revolutionären Jungproletariats! Zeigt, daß ihr euch solidarischt mit euren kämpferischen Brüdern der ganzen Welt. Demonstriert am 5. Sept. mber:

Für die Durchführung der proletarischen Revolution!  
Für die Zertrümmerung des bürgerlichen Staates!  
Für die Uebernahme der politischen Gewalt durch die Arbeiter- und Bauernräte!  
Für den Aufbau der kommunistischen Gesellschaft mit Hilfe der proletarischen Diktatur!

Jugendliche Arbeiter, Erwachsene, Klassengenossen erscheint in Massen!

Heraus am 5. September nach Pichelsberge!

(12 Uhr, Lokal „Alter Freund“)

Es lebe die kommunistische Jugend-Internationale!

Es lebe Räte-Rußland! Es lebe die 3. Internationale!

Es lebe die Weltrevolution!

Freie Sozialistische Jugend Sozialistische Proletarier-Jugend

Besitz Groß-Berlin Besitz Groß-Berlin

Gemeinsamer Treffpunkt in Pichelsberge um 12 Uhr im Lokal „Alter Freund“

Außerdem Treffpunkte um 7 und 10 Uhr

Norden: Mittelbühlplatz, Vbf. Gesundbrunnen, Vbf. Schönhäuser Allee - Osten: Schleißer Vbf., Rabat, Ode Fruchtstr. - Süden: Göringer Vbf. - Westen: Büchsenplatz, Wilmersbühlplatz - Zentrum: Dadescher Markt.

betrag 1906 6883 und 1918 6887. Unter Berücksichtigung des Stammwurzgehaltes betrug der Bierverbrauch in Prozenten der 1906 vertriebenen Mengen und andererseits der Prozentsatz der Alkoholiker unter den zugänglichen Geisteskranken:

Bierverbrauch in Prozent von 1906	geistesranke Alkoholiker in Prozent
1907	98,8
1908	98,7
1909	98,3
1910	98,8
1911	94,1
1912	88,5
1913	86,4
1914	76,8
1915	54,9
1916	43,1
1917	21,9
1918	3,4

Im Verhältnis zu 1906 ist die Zahl der jährlich zugängigen Geisteskranken 1914 um 26 Prozent gesunken, 1915 betrug sie 97 Prozent der Zahl von 1906, 1916 liegt sie auf 105 Prozent und sank dann 1917 auf 97 und 1918 auf 99 Prozent. Gegenüber der Hochkonjunktur für den Triffin in den Jahren vor dem Kriege ist seit der starken Verminderung des Biergenusses ein erheblicher Rückgang der jährlichen Zugänge zu verzeichnen, obwohl die Kriegszeit an sich viele und große Gefahren für geistig Widerstandsmächtige sowohl wie auch für geistig durchaus Gesunde mit sich gebracht hat. Wenn man vielfache Einzelbeobachtungen verallgemeinert, so ergibt sich, daß mit einem überaus starken Zugang an Geisteskranken während des Krieges geordnet werden mußte. Daß er nicht eintrat, das ist dem Ausbleiben der jährlichen Rote von Alkoholikern zu danken.

### Der Manager der Einsteinsche Wie er bei Licht aussieht

Paul Wegland, Schriftwart der Einsteingegner und ein führendes Organ der angeblich von ernstem Forschergeistigen eingehenden Wesen, Einstein in öffentlicher Diskussion zu bekämpfen, schrieb am 2. Juli 1920 an einen hervorragenden Physiker folgenden uns vorliegenden Brief:

Sehr geehrter Herr Professor!

Nachdem die ernsthaftige exakte Wissenschaft nunmehr einhellig zur Ablehnung der Einsteinschen Forschung gelangt, wird geplant, auch der gebildeten Laienwelt gegenüber mit Gegenargumenten zu kommen, nachdem diese lange genug mit Einsteinschen Ideen bis zum Erbrechen gefüttert ist.

Ich frage als Schriftwart der Einsteingegner an, ob Sie gewillt sind, sich an den Vorträgen gegen Einstein zu beteiligen und könnte unter dieser Voraussetzung Ihnen nach Erhalt Ihrer Zulage mit weiteren Details dienen. Ich erbitte der Gütigkeit halber gütigst Drahtantwort. Geheiliglich dürfte bei der Sache ein Gewinn von etwa 10—15 000 M. für Sie herauskommen.

In ausgezeichnetester Hochachtung steht ergebenst

Wegland.

Die ernsthaftige exakte Wissenschaft ist also ein Geschäft, das mit Schiebergewinnen abschließt. Es ist wirklich zum Erbrechen, um in der geschmackvollen Art dieses Mannes zu reden, das es wagt, vor der deutschen Öffentlichkeit als Anwalt wissenschaftlicher Ueberzeugungen aufzutreten. Wenn jetzt dieser Mann nicht zur Ruhe gebracht wird und der ganze Einsteintrümmel nicht ein für allemal abgeleitet ist, dann hat die deutsche Wissenschaft diesen Mann und seinen Anhang aus den Kreisen der Professoren verdient.

### Französisches Ultimatum an Sowjetrußland

Stockholm, 3. September.

Aus Helsingfors wird telegraphiert: Die französische Regierung hat an Tschechien folgendes von Mitterand unterzeichnete Ultimatum geschickt:

Die französischen Marinebehörden haben Vorbereitung für die Belandung der letzten russischen Transporte aus Frankreich am 15. September und aus Alger am 26. desselben Monats getroffen. Alle Franzosen, die sich in Rußland befinden, sind deshalb entweder nach der finnischen Grenze oder nach Odessa zu befördern. Wenn ein einziger Franzose nach dem 30. September gegen seinen Willen in Rußland zurückgehalten wird, so wird die französische Regierung Veranlassung nehmen, der französischen Flotte den Befehl zu geben, in Südrußland die Schritte zu tun, die als erforderlich erachtet werden.

### Kein Abbruch der polnisch-russischen Verhandlungen

Warschau, 3. September.

Zufolge dem polnischen Pressebüro haben die polnischen Bevollmächtigten vor ihrer Abreise von Moskau ein Protokoll über die abgehaltenen Sitzungen unterzeichnet und offiziell festgestellt, daß die Verhandlungen nur vorübergehend mit Rücksicht auf ihre Verzögerung unterbrochen werden.

### Fortgang der finnisch-russischen Verhandlungen

H. Paris, 3. September.

Ein Moskauer Radiotelegramm meldet, daß die Unterhandlungen mit Finnland fort dauern. Die Wirtschaftskommission gelangte zu einer Verständigung über eine ganze Reihe von Punkten. Besonders wurde eine Vereinbarung dahingehend getroffen, daß alle Güter des russischen Rotes, die sich in Finnland befinden, ohne Kompensation an Finnland übergehen. Keines der beiden Länder ist für die Schulden und Kriegskosten des anderen verantwortlich. Die Gebietskommission behandelte auch die Frage des finnischen Goltes. Auch hier wurde über die Mehrzahl der Fragen eine Einigung erzielt.

### Litauische Erfolge

Kowno, 3. September. (Lit. Tel. Agentur.)

Litauischer Heeresbericht. Nach Erfolgen im Kampfe mit den Polen begannen litauische Truppenabteilungen den Vormarsch, zwisch Wiederherstellung der früheren Lage. Auf der ganzen Frontlinie von Grodno bis Sumalki gelang es, die Polen 25 bis 50 Meile zurückzudrängen, wobei ein litauisches Infanterieregiment 15 Meile kämpfend vorging. Geftern wurden Dipeki, Gib, Seim, Krasnopol, Kolesninki und Ichermonka sieben Kilometer nördlich Suwalki zurückgenommen. Wir machten Kriegserfolge und Gefangene. Litauische Flugzeuge nahmen an den Kämpfen durch Gefundungsstärke teil. Der Vormarsch wird fortgesetzt.

Kowno, 3. September.

Wie verläuft, wird die litauische Regierung in kurzer Zeit ihren Sitz nach Wilna verlegen.

### Odessa bedroht?

London, 3. September.

Dem „Daily Telegraph“ wird aus Kopenhagen gemeldet: Die russische Delegation hat von General Wangel ein Telegramm erhalten, daß er die Halbinsel Taman besetzt habe; in der Gegend von Isaterinodor haben die Wrangelschen Truppen die roten Verbindungslinien zerstört und sind bei der Vorbereitung der Besetzung von Odessa.

### Die Antwort auf die russischen Noten

Auf die beiden russischen Noten, deren Wortlaut wir im gestrigen Morgenblatt veröffentlichten, ist von der deutschen Regierung zunächst nur eine vorläufige Antwort erteilt worden. In ihr wird der Moskauer Regierung mitgeteilt, daß die von ihr zur Sprache gebrachten Angelegenheiten Gegenstand von Erwägungen der deutschen zuständigen Stellen ist. Das bezieht sich in erster Linie auf die von Tschechien beantragte Einmischung der internationalen Kontrollkommission bei der Waffenabnahme. Nach dem Dafürhalten der deutschen Regierung müßte das Recht der Kontrolle über den Verbleib und die Aufbewahrung der Waffen verneint werden, da es sich nicht um deutsche Waffen handelt, die der fremden Kontrolle unterstellt sind. Was den in der zweiten Note erwähnten Neutralitätsbruch durch polnische Truppen betrifft, so ist dagegen in Warschau schon vor Entziffern der russischen Anfrage Protest erhoben worden, die ganze Angelegenheit somit von uns bereits anhängig gemacht worden.

Strassenbahnstreik in Leipzig. Die Strassenbahner in Leipzig traten, da ihre Forderungen auf Wiedereinnahme des Betriebes auf dem seit einiger Zeit stillgelegten Sines und auf Verabreichung des Fahrpreises auf 50 Pfennig nicht bewilligt wurden, heute früh in den Ausstand.

# Das Ergebnis von Moskau

## 3. Die Aufnahmebedingungen und das Statut.

Von Sepp Dertez.

Als ich die Aufnahmebedingungen und das Statut der Moskauer Internationale las, sagte ich mir: Das sind keine Bedingungen, die man selbstbewußten sozialistischen Arbeitern vorlegt. Aber ich sagte mir zugleich: Das kann keine sozialistische Partei annehmen und die stärkste revolutionäre sozialistische Partei — die U. S. P. D. — unter keinen Umständen. Als ich dann lesen mußte, daß Mitglieder unserer Partei diese Bedingungen annehmbar fanden — da stieg mir die Schamröte ins Gesicht. Kann es möglich sein, daß Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei auf die Forderung Moskaus plätzlich zu den Kommunisten hinüberwechseln? Hat es denn niemals Differenzpunkte programmatischer und taktischer Art zwischen uns und den Kommunisten gegeben? Ich sagte mir: entweder sind diese Leute stets Kommunisten gewesen — was taten sie dann in der U. S. P. D.? Oder sie waren wirklich unsere Genossen; wie kommt es, daß sie nun sofort dem Moskauer Diktat folgen und, wie die Hamburger „Volkszeitung“, sich sofort den ganzen Schimpf der Kommunisten gegen die Genossen von Göttingen aneignen? Ich beruhigte mich. Wir können Leute von solchen Qualitäten der kommunistischen Partei gönnen.

Welchen Grund haben die Bedingungen und welchen Zweck verfolgen sie? Auch hier gilt es, die Dinge der schwebenden Phrasen zu entkleiden. Nicht der Wille, die Massen der Arbeiter zum entschlossenen Klassenkampf zu einen, ist der Grund der Bedingungen. Die Moskauer Internationale ist nicht die Internationale des revolutionären, sozialistischen Proletariats — sie ist die Internationale der kommunistischen Partei. Das Hemmnis in der Entwicklung der kommunistischen Partei ist in Deutschland die U. S. P. D. Als Ganzes, sie in die kommunistische Partei überzuführen, geht nicht. Man muß sie daher spalten, um die durch Abspaltungen ins fundamentalistische Lager, zur U. S. P. D. geschwächte kommunistische Partei zahlenmäßig wieder aufzupumpen. Die Bedingungen richten sich deshalb ausschließlich gegen die U. S. P. D.

Sind diese Bedingungen nun geeignet, den Befreiungskampf des internationalen Proletariats zu fördern? Sie haben diesen Zweck nicht. Jedem Einsichtigen muß klar sein, daß diese Bedingungen nicht den revolutionären sozialistischen Arbeiterklasse nicht einigen, sondern noch mehr zerreißen. Es wird nur ein kleiner Teil der westeuropäischen Arbeiterklasse sein, der mit der Unterwerfung unter diese Bedingungen sich der Diktatur der Kommunisten unterwirft. Die Lohntarife allein, diese anmaßende, absprechende Lohntarife, die alles selbstständig bleiben, was sich der kommunistischen Diktatur nicht unterwerfen will, wird die Gegensätze in der Arbeiterklasse unheilbar verschärfen. Die Bedingungen der Moskauer Internationale streuen Salz in klaffende Wunden der Arbeiterklasse.

Nun kommen einige dreiviertel kommunistische Beschwichtigungsräte und trösten: so schlimm sind ja die Bedingungen gar nicht gemeint. Moskau werde Einsicht haben. Ja, wenn dem so ist, daß, wie so vieles, was von Moskau stammt, auch diese Bedingungen nur revolutionäre Phrasen sind — dann sind sie neben der ungeheuren Dummheit ein Verbrechen an der Arbeiterklasse und am Klassenkampf. Sie sind es um so mehr, weil in den westeuropäischen Ländern wirklich z. B. die Klassengegensätze sich so zugespitzt haben, daß das Bürgertum sich immer mehr gegen die Arbeiterklasse zusammenschließt. Und in diesem Augenblicke zerreißen die kommunistische Partei mit ihren Diktaturgelüsten über die Arbeiterbewegung die Arbeiterklasse noch mehr. Eine wirklich revolutionäre, sozialistische Internationale muß es sich zur Aufgabe machen, alle sozialistischen und revolutionären Arbeiter zu sammeln. Das wäre der U. S. P. D. möglich gewesen, ist aber der kommunistischen Partei gänzlich unmöglich.

Die Bedingungen und das Statut der Moskauer Internationale sind also völlig ungeeignet, die Arbeiterklasse auf dem Boden des Klassenkampfes — und wahrlich, es stehen die außerhalb der kommunistischen Partei die sozialistische revolutionären Massen, die mit Klassenbewußtsein erfüllt sind — zu einer einheitlichen Phalanx zusammenzuführen. Und deshalb diese Bedingungen und Statuten phrasologisch zwar radikal, in Wirklichkeit aber reaktionär und unsozialistisch.

Es erübrigt sich eigentlich danach, auf die einzelnen Punkte der Bedingungen und Statuten einzugehen. Ich will nur einige herausgreifen. Die Forderung, daß bis U. S. P. D. von einer Reihe treuer Kampfgenossen aus einer Zeit, wo manche kommunistische Worthelden weiße Schwiegen, sich trennen solle, ist so entehrend, daß sie nur von Leuten gestellt werden kann, denen jedes sozialistische Empfinden abgeht. Sie ist auch nur der Ausfluß des giftigsten und dauerhaftesten Hasses — des Väteratshasses. Ich werde die Genossen Kautsky, Hilferding, Henke, Ledebour — um nur einige Namen zu nennen — als Revolutionäre und Sozialisten höher als die ganze kommunistische Partei und Moskauer Internationale zusammenrechnen.

Ein Schlag gegen die Genossen, die unter großen Opfern ihre Presse und ihre Vorlage geschaffen haben, ist die Bedingung, daß sie einer Exekutive unterstellt werden sollen, die in Moskau ihren Sitz hat. Den Genossen soll jedes Bestimmungsrecht über die Presse geraubt, und es sollen ihnen Redakteure auf die Nase gesetzt werden, die von Leuten bestimmt werden, die keine Ahnung von den örtlichen Verhältnissen haben. Uebrigens eine verdoemde Aussicht für strebsame junge Leute, die verstehen, nach der Pfeife zu tanzen und auf Kommando einzuschwenken.

Für die Organisationen werden schwarze Listen der „Opportunisten“, „Reformisten“, „Gegenrevolutionäre“ aufgestellt. Wer nicht darauf kommen will, muß immer den Radikalismus mit dem Munde um eine Zungenlänge voraus sein.

Bei dem Radikalismus der Kommunisten ist es selbstverständlich, daß alle Welt erfährt, wie radikal man ist. Es muß deshalb urbi et orbi verkündet werden, daß eine illegale Organisation geschaffen wird, damit Spitzel und Provokateure möglichst reiche Gelegenheiten zur Arbeit haben. Autorität für die Parteimitglieder; eiserne Disziplin für die Parteimitglieder; drohen alle Gewalt, unter ergebener Gehorsam — wahrlich das erzieht selbstverleumdende und selbsthändelnde Revolutionäre! Das alles müht so unreaktionär an, als höre man einen ostpreussischen Junker.

Zeitweilig neue Registrierung der Mitglieder — das Denunziantentum, Ungehörigkeit wird zur Blüte gebracht in der kommunistischen Internationale, und zwar zur Hebung des Vertrauens und der Geschlossenheit unter den eigenen Mitgliedern! Ich nehme an, daß sich die kommunistische Internationale in absehbarer Zeit alle Mitglieder wegregistriert haben wird. Daß die Parliamentsfraktionen so säubern sind, ist natürlich außer Frage. Ich will mal sehen, ob die kommunistischen Mitglieder der Unabhängigen Fraktion unsere Fraktionen vor sich selber säubern und ihr Mandat in die Hände ihrer unabhängigen Wähler zurückgeben. Freilich die „Betonung des Ehrenpunktes“ darf nach der „Hamburger Volkszeitung“ bei der Diskussion über die Moskauer Internationale nicht in Frage kommen.

Damit alle diese Bedingungen, deren reaktionärer Charakter anwidert, angenommen werden, dürfen nicht Genossen nach freier Wahl und aufrechte Männer, die nach bestem Gewissen stimmen, zum Parteitag kommen, sondern die Delegierten dazu müssen sich von vornherein diesen Bedingungen unterwerfen, damit sie nachträglich zustimmen dürfen.

Das müht man Revolutionären und Sozialisten zu! Wahrlich, die Scham müßte zu den Hunden geflohen sein, wenn unsere Partei diesen Bedingungen zustimmen würde!

Die Bedingungen Moskaus haben das Wesen der dritten Internationale enthüllt. Sie ist die Internationale für die Zwecke der russischen Kommunisten, der kommunistischen Parteien in den einzelnen Ländern — nicht für die Lösung der gewaltigen Aufgaben des internationalen sozialistischen Proletariats.

Durch die grotesken Bedingungen hat die Moskauer Internationale der Arbeiterschaft der Welt und dem proletarischen Befreiungskampf einen Schlag verfehlt, wie ihn die Reaktion nicht besser hätte ausfinden können. Aber eine Partei, wie die kommunistische, die die Arbeiterbewegung ausschließlich ihren Zwecken dienlich machen will, die sich ohne eigene, innere Klarheit, ohne wirkliche sozialistische Grundanschauung zur Diktatur des internationalen Proletariats aufschwingen will, die sich dazu aller reaktionären Mittel bedient, ist nicht die Förderin der Revolution, sondern die Bahnbrecherin der Reaktion.

## Die Bremer Partei gegen Moskau

III. Bremen, 3. September.

Die „Bremer Arbeiterzeitung“ berichtet, daß Parteivorstand, Fraktion und Referenten unserer Partei in Bremen einstimmig die 21 Bedingungen der Moskauer Internationale abgelehnt haben.

## Die Lage in Augsburg

Für und gegen Generalstreik

Augsburg, 2. September.

Nach den endgültigen Feststellungen der Volkseisbehörde haben die gestrigen Unruhen im ganzen 4 Tote gefordert. Ein Resultat über die angeleglichen Schüsse aus den Fenstern einiger Häuser liegt noch nicht vor. Die diesbezüglichen Zeugenerklärungen dauern noch an. Die U. S. P. hat, wie der „Volkswille“ mitteilt, die Betriebsräte aufgefordert, als Protest den Generalstreik zu proklamieren. Sollten sich die Betriebsräte dieser Forderung widersetzen, so werde die Partei als solche ihre Maßnahmen treffen. Von Seiten des Vollzugsrates des Betriebsrates und des Wirtschaftsbundes wurde ein Flugblatt herausgegeben, in dem die Arbeiter zur Ruhe und zur Fortsetzung der Arbeit ermahnt werden.

## Der Block der Ordnungsmittel

Die „Dona“ meldet: Auf Wunsch des Führers der Deutschen Volkspartei, Dr. Stroschmann, waren am Donnerstag die Fraktionsvorsitzenden des Zentrums, der Demokratischen und der Deutschen Volkspartei zusammengetreten, um die Richtlinien für ihr Verhalten in den nächsten Monaten festzulegen. Die Deutsche Volkspartei wünscht vor allem eine Klärung der Regierungsparteien im Reich über den vorgeschriebenen Termin der preussischen Landtagswahl herbeizuführen. Die endgültige Entscheidung steht durchaus bei den Parteien der preussischen Landesversammlung. Die Aussprache der Blockführer des Reichstages trug einen vertraulichen Charakter. Auch die Stellung der Regierungsparteien zur Mehrheitssozialdemokratie ist eingehend durchgesprochen worden.

Die in der Wahlbewegung Unersöhnlichen sind verfehlt. Die Arbeiterschaft wird es zu fühlen bekommen.

## Deutschlands Ernährungslage

Trübe Aussichten

Ueber die in den letzten Tagen stattgehabene Konferenz der Ernährungsminister wird noch ein ausführlicher Bericht verbreitet. Der Ausschluß gibt über die Ernährungsverhältnisse Deutschlands. Der Ernährungsminister Hermes wies darauf hin, daß dem Abbau der Zwangswirtschaft zwei Gedanken besonders nahe liegen. Es müsse erstens ein gemeinsames Vorgehen der Länder und des Reiches erfolgen, und zweitens sei darauf zu verweisen, daß die Aufhebung der Zwangswirtschaft eine größere Verantwortlichkeit der Landwirtschaft erforderlich mache. Wenn auch der Minister anerkannte, daß die Brotgetreideablieferung in den letzten Tagen eine Besserung erfahren habe, so konnte er doch nicht in Abrede stellen, daß sich die deutsche Landwirtschaft dieser größeren Verantwortlichkeit durchaus nicht bewußt ist.

Die Konferenz diskutirte sodann über die Freigabe der Fleischbewirtschaftung. Es soll ständig eine Reserve an Auslandsfleisch bereitgestellt werden, die ständig so groß gehalten werden soll, daß sie eine Wochenration für längere Zeit sicherstellt. Gegenwärtig sind 35 000 Tonnen Fleisch vorrätig. Der Bestand soll dauernd auf 30 000 Tonnen gehalten werden, so daß 16 Millionen Verbraucherberechtigten drei Monate lang mit 125 Gramm wöchentlich versorgt werden können. Der sächsische Minister sprach sich gegen die Aufhebung der Bewirtschaftung des Fleisches aus, wogegen die weit überwiegende Zahl der Länder, einschließlich Braunschweig, für die Aufhebung eintrat.

Im Laufe der Debatte gab der Reichsminister die Erklärung ab, daß er die Verantwortung nicht übernehmen könne, die Freigabe des Schlachtwiehs ohne Sicherung einer Fleischreserve vorzuschlagen. Die Sicherung müsse geschaffen werden gegen Störungen in der Anlieferung und gegen übertriebene Preisbildung. Auch die Sicherung der Brotreserven, die zur Stelle sein soll, wenn die Fleischbewirtschaftung aufgehoben wird, sei absolut notwendig für die Sicherung der Ernährung. Für diese Brotreserven komme unmittelbar das In- und Auslandsgetreide in Betracht. Trotzdem wurde in der Besprechung die Forderung erhoben, daß schon jetzt beschlossen werde, mit Ende dieses Wirtschaftsjahres solle die Zwangswirtschaft für Getreide aufhören. Die Mehrheit der Konferenz sprach sich sodann für die Vere-

besserung des Brotes aus, dagegen anerkannte sie nicht die Notwendigkeit für die Erhöhung der Brotzation.

Das Bild, das in dieser Konferenz von der deutschen Ernährungslage entworfen worden ist, zeigt deutlich, daß die Landwirtschaft für die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Fleisch nicht geschaffen hat. Das Brotgetreide wird schlecht abgeliefert, die Freigabe der Fleischbewirtschaftung würde also neben der gewaltigen Preissteigerung auch eine Gefährdung der Versorgung der Bevölkerung mit Brot bringen.

## Zwangswirtschaft und Preisgestaltung

Der Kampf um die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Fleisch tritt in ein entscheidendes Stadium. Mit aller Macht versuchen die Landwirte die Entscheidung zu ihren Gunsten zu erzwingen, obwohl weder die Reserve für das Getreide geschaffen ist, noch die bisherigen Erfahrungen in den einzelnen Landesteilen die Freigabe als erträglich erscheinen lassen. Ueberall dort, wo die Zwangswirtschaft aufgehoben ist, sind die Preise sofort gewaltig gestiegen, obwohl gegenwärtig das Angebot an Vieh viel größer ist, als es in einigen Monaten sein wird. Diese Tatsache ist besonders der „Deutschen Tageszeitung“ unangenehm, die meint, daß diese Lernerfahrungen nicht verallgemeinert werden dürfen. Aber selbst dieses agrarische Blatt wird zugabend, daß nach der Freigabe nicht nur in der Uebergangszeit, sondern auch dauernd beträchtlich höhere Preise bezahlt werden müssen, als sie gegenwärtig bezahlt werden.

Damit ist alles zugegeben, was von den Gegnern der Freigabe des Fleisches behauptet worden ist.

## Das Finanzministerium und die Beamtenverbände

Von zuständiger Stelle wird den „P. B. N.“ unter Bezugnahme auf die Vorgänge in der Sitzung am 1. September 1920 im Festsaal der Preussischen Landesversammlung erklärt:

Der Preussische Finanzminister hat sich stets von dem Bestreben leiten lassen, die Erörterung über Fragen der Beamtenbelohnung soweit als irgendmöglich mit den Groborganisationen der Beamten zu führen. Bei derartigen Arbeitsbelastungen kann es nicht erwünscht sein und ist es auch praktisch nicht durchführbar, mit der großen Zahl kleiner und kleiner Beamtenverbände in zeitraubenden Besprechungen einzutreten. Wenn zu der Sitzung am 1. September neben den in Frage kommenden Groborganisationen noch andere Beamtenverbände eingeladen worden sind, so ist das darauf zurückzuführen, daß leider Ungeklärtheit darüber besteht, ob gegenwärtig in den Groborganisationen die Massen aller in Frage kommenden Beamtengruppen vertreten sind. Eine Verständigung hierüber konnte bisher nicht erzielt werden. Nachdem die Groborganisation eine Beteiligung an den Verhandlungen im Besonderen der außer ihnen geladenen Beamtenverbände abgelehnt hatten, ist auf direkte Beteiligung der Sitzung geschlossen worden, weil nach dem Ausschleiden der Vertretung des weit überwiegenden Teiles der Beamten der beabsichtigte Zweck, die Wünsche der gesamten Beamtenschaft festzustellen, nicht mehr erreicht werden konnte.

Wenn diese offiziöse Auslassung ein Sinken des Ministeriums und ein Abgehen von der unerhörten Haltung anbahnen soll, so haben wir nichts dagegen. Aber zunächst ist es eine Ausrede, und noch dazu eine der dümmsten, die aus offiziösem Munde seit langem erklingen ist. Man weiß nicht und man vermag keine Verantwortung hierüber zu ergreifen, ob die Massen der Beamten in den Groborganisationen organisiert seien. Ja, wo sollen sie denn sonst sein, Herr Lüdemann? Kennt man sich so wenig in der Gewerkschaftsbewegung aus, nachdem man ein halbes Jahr Finanzminister ist? Aber es ist kein überflüssiges Wort, daß dies Legien und seinen Freunden mit — ihren Freunden passieren muß.

## Die Lage der Zollbeamten

Aus den Kreisen der an der deutsch-holländischen Grenze angestellten Zollbeamten wird uns geschrieben:

An der Grenze sind seit einiger Zeit von der Zollbehörde Hilfsbeamte angestellt worden. Die Bedingungen sind so jämmerlicher Art, daß die Angestellten bei den geringsten Löhnen entweder verhungern oder sterben müssen. Der Tagelohn beträgt 24 M. für Verheiratete und 18 M. für Ledige ohne irgendwelche Teuerungszuschläge, Familien- oder Kinderzulagen. Der Verheiratete muß 14 M. Kostgeld zahlen, für Frau und Kinder bleiben dann noch nach Abzug der 10 Prozent Steuer 7,80 M. Davon muß Licht, Brand, Kiege, Bekleidung und Lebensmittel bestritten werden. Es ist einfach ein Skandal, solche Löhne im neuen Deutschland zu zahlen und dann noch an Staatsangestellte. Und diese Angestellten sollen nun gegen Schieberereien und gegen Schleichhändler vorgehen. Erwartet man wirklich bei diesen Löhnen pflichttreues Beamten? Nach einer Besprechung sollen zwar den Beamten und Angestellten 10 Prozent des Wertes der beschlagnahmten Waren zustehen, aber auch hiervon haben die hier tätigen Angestellten noch nichts gehört. Die beschlagnahmten Waren werden einfach nach Emmerich transportiert. Nicht mal ein Teil wird den Beamten zum billigen Einkauf zur Verfügung gestellt. Sie sind also gezwungen, selbst unter der Hand zu schleichhändlerisch zu handeln, um sich und ihre Familien zu ernähren. Denn von 7,80 M. kann keine Familie leben. Weiter wird uns mitgeteilt, daß die Angestellten dort in keiner Krankenkasse angemeldet sind. Das ist eine ganz grobe Nachlässigkeit. Die Behörde ist unseres Erachtens verpflichtet, die Leute anzumelden. Wie leicht ist es möglich, daß der Beamte oder Angestellte, der in Wind und Wetter seinen Dienst erfüllt, erkrankt. Wer kommt dann für die Kosten auf? Das einzige Entgegenkommen ist, daß beim Krankwerden noch für vierzehn Tage Lohn bezahlt werden. Dann darf der Beamte verhungern. Ein Bettelbrot ist auch nicht gewährt, der die Rechte der Angestellten vertritt. Es scheint, als wenn für die Zollbehörde die Geleke für die Kasse sind. Es gibt nur eins, um hier Remedur zu schaffen. Die Angestellten und Beamten müssen sich geschlossen einer Organisation anschließen. Nur so ist es möglich, daß die Leute zu ihren Rechten kommen. Die Arbeitsbedingungen sind auch nicht die besten. Im Monat sollen die Hilfsbeamten zwei Tage frei haben, an einem Sonntag und an einem Werktag. Das wird dadurch wieder illusorisch gemacht, daß diese freien Tage an anderen Diensttagen nachgeholt werden müssen. Das sind wunderbare Arbeitsbedingungen. Da wundern man sich nicht, wenn mal ein Beamter oder Staatsangestellter auf die schiefe Bahn kommt. Denn sie wollen doch leben! Eine Existenzsicherung müssen diese Angestellten an erster Stelle haben, sollen sie ehrlich und treu ihren Dienst erfüllen. Wir erwarten, daß die verantwortlichen Stellen hier für Abhilfe sorgen. Besonders, daß alle Lohnempfänger in die Krankenkassen angemeldet werden. Uebrigens macht sich ein Unternehmerrausch, der eine solche Anmeldung unterläßt. Den Beamten und Angestellten aber zuzufügen wir zu: hinein in die gewerkschaftliche Organisation! Dann wird es schon anders werden.

Die Steuerrechte der Beamten. An zuständiger Stelle erfahren die „P. B. N.“, daß der Preussische Minister des Inneren zugleich im Namen des Finanzministers auf eine Anfrage des Deutschen Städtebundes erwidert hat, daß alle Steuerrechte der Beamten durch das Reichsstaatskommissionergesetz aufgehoben worden sind.

Hörsig auf dem Wege nach Russland. Wie die „P. B. N.“ erfahren, befindet sich der kommunistische Diktator nach einer Meldung des Wiener „Provo Sid“ seit einigen Tagen auf einer Reise nach Russland und bereits außerhalb der Grenzen der Tschechoslowakischen Republik.



# Schlussworte der Referenten

(Fortsetzung des Berichts aus der gestrigen Abend-Ausgabe.)

## Dittmanns Schlusswort

Ueber die sachlichen Meinungsverschiedenheiten stehe ich streiten, aber es laßt sich nicht leugnen, daß unter den deutschen Arbeitern große Illusionen für Rußland bestehen, und daß sie dann, wenn sie nach Rußland kommen, wie aus dem Wolken gelassen sind. Stoeckers Verehrung in der „Freiheit“ ist unrichtig und irreführend. Unsere Diskussion hat nichts mit der Solidarität mit Rußland zu tun. Meine Artikel in der „Freiheit“ haben die volle Zustimmung des Berliner Sowjetvertreter gefunden. Auch Sinowjew sei damit einverstanden gewesen, daß die Illusionen der deutschen Arbeiter über Rußland zerstört werden. Die Auswanderung der deutschen Arbeiter nach Rußland schwäche Sowjet-Rußland. Denn wegen der Rücktransporte der Auswanderer werde Rußland seines einzigen Zahlungsmittels, des Goldes, beraubt. Es ist erstaunlich, daß Stoecker zwischen „großen“ und „Abergroßen“ Optimismus bei den Bolschewiki unterscheidet. Sowohl Stoecker als auch Däumig haben anerkannt, daß Otto Bauers Darstellung der russischen opportunistischen Agrarpolitik richtig ist. Wer dem Opportunismus der Russen Verständnis entgegenbringe, der müsse auch die Schwierigkeiten bei uns anerkennen. Opportunismus sei die Anpassung an die Verhältnisse ohne Berücksichtigung der höheren Gesichtspunkte. Von solchem Opportunismus und Reformismus aber ist unsere Partei frei. Die Verehrung als Opportunisten müsse deshalb endlich aufhören. Reformismus sei Handeln ohne den Willen zur revolutionären Umgestaltung. Die Diktatur eines einzelnen der Partei sei schon von Wehring in seiner Geschichte der deutschen Sozialdemokratie als unmöglich bezeichnet worden. Auch das Verlangen des Hinauswurfes von Führern habe in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie Vorläufer gehabt. Damals sei schon die Entscheidung für das Mitbestimmungsrecht der Massen gefallen. Daher der Name „sozialdemokratische“ Partei, der Triumph des demokratischen über den diktatorischen Gedanken. Die kommunistische Partei Deutschlands ist durch den diktatorischen Gedanken in vier Gruppen gespalten worden. Wer soll denn in Deutschland diktieren? Soll es Däumig sein? Offen gesagt, ich halte Däumig nicht für fähig, eine große Partei zu führen. Genosse Ledebour hat schon auf Einzelheiten hingewiesen, die das beweisen. Dittmann bringt dafür weitere Beweise, die das beweisen. Dittmann bringt dafür weitere Beweise, die das beweisen. Dittmann bringt dafür weitere Beweise, die das beweisen.

Dittmann beschäftigt sich auch mit dem Genossen Stoecker und sagt ihm, daß er trotz sein solle, daß das Ausschlußverfahren, das er jetzt befürwortet, noch nicht zu Anfang des Krieges bestanden habe, sonst wäre er einer der ersten gewesen, die hinausgeschoben wären. Dittmann verliert zum Beweise dafür Stellen aus einem Briefe Stoeckers aus Belgien. Dittmann legt ausführlich seine Stellung zum Zentralismus dar. Er bildet zurück auf die alte Partei mit ihrem strengen Bürokratismus und erklärt daraus als Reaktion den Gang zum Zentralismus in der Partei. Gibt es überhaupt eine Parteileitung, die im entscheidenden Momente eine einheitliche Parole für das ganze Reich ausgeben kann? Das ist ja auch ganz militärisch. Jedem Führer muß in seinem Bereich Bewegungsfreiheit gelassen werden. Dittmann beweist gerade an dem Beispiel des Rapp-Buches, daß zur Förderung der proletarischen Revolution ein solcher Zentralismus, wie er von der dritten Internationale gefordert wird, geradezu ein Verbrechen ist, ein Verbrechen an der Weltrevolution. Er weist noch auf die Möglichkeit hin, daß im akuten Kampf der zentrale Kopf von der Konturrevolution weggenommen würde, dann sei ja die ganze Bewegung ohne Ziel und Führung. Dittmann polemisiert gegen Reich-Hamburg. Wenn Adolf Hoffmann sagt, daß es mindestens verdächtig sei, daß Kautskys Broschüre „Diktatur oder Demokratie“ während des Krieges die militärische Zensur passierte, so ist es mindestens ebenso verdächtig, daß Lenin im Kriege durch Deutschland nach Rußland gereist ist, denn Deutschland hat ihn ja nur durchgelassen, weil es alle Ursache hatte, daß es in Rußland möglichst drunter und drüber geht. Ich mache mir ja das Hoffmannsche Prinzip nicht zu eigen, nicht für Lenin, aber auch nicht für Kautsky.

Dittmann geht dann weiter auf die Programmentwürfe ein, die in Zimmerwald besprochen wurden und polemisiert gegen Adolf Hoffmann, der einfach mit dem Brauch, was er 1918 in Zimmerwald für richtig gehalten habe. Zur Frage des Terrors und der Diktatur stelle ich mich auf den Standpunkt des Marxewski: „Die Gewalt ist die Geburtshelferin jeder neuen Gesellschaftsordnung“, aber ich habe immer gesagt und sage es heute noch, die Art und das Maß der Gewaltanwendung muß immer von dem Verhalten der Gegner abhängen, sie darf nicht zum leitenden Prinzip erhoben werden. — Der Terror, von dem Genosse Braß hier sprach, ist ja gar nicht der Moskauer Terrorismus. Von Moskau wird der Terror als Regierungsprinzip verlangt. Diesen Terror als Regierungssystem müssen wir als politische Partei ablehnen. Wo demokratische Disziplin war, wie im Ruhrgebiet, da war auch der Erfolg. Der Mißerfolg war dort, wo einzelne Diktatoren ihre Hand im Spiele hatten. In Moskau sind an 30.000 Polizisten und Spitzel beschäftigt von den außerordentlichen Kommissionen. Und es sind die alten Zarenspitzel. Die Moskauer Regierung ist ohnmächtig diesem System gegenüber. Jeder, der ein Wort gegen die Regierung wagt, wird als Konterrevolutionär beschuldigt und verhaftet. Genosse Dittmann gibt eine ausführliche Schilderung des Wesens der außerordentlichen Kommissionen. Er schildert nochmals, was er zu einem großen Teil schon in seinen Artikeln in der „Freiheit“ niedergelegt hat. Er führt auch an, wie die Zusammenkünfte Crispiens und seiner Person mit den Führern der Internationalen menschenwürdigen Sozialdemokratie zustande gekommen sind und sagt, daß Däumig und Stoecker dabei zumindest eine zweideutige Rolle gespielt hätten. Genosse Dittmann verliest eine offizielle Kundgebung der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, die die Allmacht der herrschenden Gewalten in Rußland kritisiert, demgegenüber aber doch betont, daß die Partei keineswegs und unter allen Umständen die formale Demokratie hochhalte. Es wird nicht möglich sein, die russischen Menschewiten mit der deutschen sozialdemokratischen Partei in eine Linie zu bringen. Sie weisen ausdrücklich darauf hin, daß sie auf den Standpunkt unseres Leipziger Aktionsprogramms stehen. Welch ein Verlust für Rußland, daß diese brachtlegenden Kräfte sozialistischer Gesinnung und Bestätigung nicht herangezogen werden. Bei diesen Leuten war echt marxistische Einsicht, verbunden mit dem Willen zur revolutionären Tat.

Dittmann setzt sich auch mit dem Genossen Dahlem-Kön auseinandersetzen und dessen Herangehensweise des Genossen Cahn-Franz und wiederholt seine schon im ersten Referat ausgesprochene Behauptung, daß er persönlich dem Genossen Proffard die veränderten Bedingungen in sein Exemplar eingefügt habe. Trotzdem werden diese veränderten Bedingungen in Frankreich nicht veröffentlicht.

Den neuesten Prophezeiungen des Genossen Däumig stehe ich genau mit demselben Pessimismus gegenüber wie seinen früheren Prophezeiungen. Wir haben uns zu überlegen, wie wir unsere Taktik einzurichten haben. Wir müssen uns hüten, im Proletariat Illusionen zu erwecken, die dem herrschenden Elend entgegenkommen. Wir wünschen und verlangen die Wiederherstellung der Beziehungen zu Sowjet-Rußland, aber aus ganz anderen Gründen als den Menschen glauben zu machen, daß nun ein Lebensmittel- und Rohstoffaustausch in großem Maßstabe vor sich gehen könnte. Für die akute Not ist die Herstellung der wirtschaftlichen Not belanglos. Zum Schluß sage ich: Ich stimme vollkommen mit Stoecker und Roene überein, daß so wie bisher die Parteiführer nicht weitergeführt werden können. Ich für meine Person erkläre, daß ich von keinem Parteitagsbeschluss mich mehr verpflichten lasse, mit Leuten wie Stoecker und Roene zusammenzuarbeiten. Die Homogenität muß in der Parteileitung wenigstens soweit gehen, daß sie im entscheidenden Momente aktionsfähig ist. Wir stehen in einer schweren Krise, die wir aber auch wie so manche andere überwinden werden. Die Genossen, die das Programm der kommunistischen Partei anerkennen, mögen zu den Kommunisten gehen, die aber, die zu unserem Programm stehen, werden auch weiter der Partei die Treue halten. (Lebhafte Beifall.)

Die Versammlung beschließt, ohne Unterbrechung fortzuliegen.

## Schlusswort Däumigs

Bei der gestrigen, von Dittmann erwähnten Kommissions-sitzung habe es sich um eine von den Hamburger Genossen ange-regte Konferenz wegen des Gen. Herzog gehandelt. Da die Be-zichtigungen der „Freiheit“ gerade die Angriffe eines hysterischen

Feindes gegen mich aufgegriffen habe, so muß ich auf diese etwas eingehen. Ueber die Januar-Ereignisse ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Däumig und militärische Sachverständige hätten damals bewiesen, daß diese Aktion an unmögliche Bedingungen geknüpft gewesen sei. Das politische Führergenie Ledebours könne er nicht anerkennen. Die Januarereignisse seien kein Ruhmesblatt in der deutschen Revolutionsgeschichte. Wenn nun aus hysterischem Hass heraus mir Feigheit vorgeworfen wird, so habe ich keine Veranlassung, hier mit meiner Moral zu brüsten. Gerade der Mann, der mir heute Mangel an Parteimoral vorwerfe, hat bei einer früheren Gelegenheit gegen mich und andere eine neue Partei zu gründen versucht. Däumig verliest einen Artikel der „Freiheit“, welcher Ledebour der Parteiverstärkung anlagt. Däumig müsse also Ledebour als Moralsrichter ablehnen. Der Redner berichtet dann eingehend über seine politische Tätigkeit während des Krieges in der Redaktion des „Vorwärts“ und weist nach, daß er sehr wohl in revolutionärem Sinne gehandelt habe. Sowohl innerhalb wie außerhalb der Redaktion. Weiter kommt Däumig auf die Novemberereignisse zu sprechen und begründet die Ablehnung seiner Beteiligung an der damaligen Regierung.

Im Laufe der Verhandlungen ist klar und deutlich hervor-gegangen, daß innerhalb unserer Partei zwei unvereinbare Ten-denzen wirksam sind. Die Dinge drängen jetzt zu einer klaren Ent-scheidung. Der Meinungswille liegt beim nächsten Parteitag. Für mich erkläre ich, daß ich keiner Partei angehören könnte, welche den Anschluß an die dritte Internationale ablehnt. Soli-darität mit Rußland fordert auch Solidarität mit der dritten Internationale. Wir haben alle mit der größten Ent-schlossenheit die Auswanderertruppe in Stettin gelassen. Es hätte früher gegen die gewetzten Illusionen über Rußland aufzutreten werden sollen. Im „Arbeiterrat“ habe ich wiederholt vor der Auswanderung gewarnt.

Aber all die in Rußland zweifellos bestehenden Mängel stehen in keinem Zusammenhang mit der Frage, die uns hier beschäftigt. Zu den Ausführungen Ballobs sei zu bemerken, daß ein ob-jektiver Bericht eine Gesamtbetrachtung aller Erscheinungen not-wendig mache. Das Herausheben von Einzelheiten wirkt ten-denzlos. Von einem Aufbau in sozialistischem Sinne könne freilich bis heute nicht geredet werden. Vieles, was wir in Rußland auf verwaltungstechnischem Gebiete gesehen haben, zeige, wie wir es nicht machen dürfen. Vieles erkläre ich daraus, daß die Massen in Rußland weniger Klassenbewußt und marxistisch geschult als vielmehr revolutionär aus einem dumpfen Klasseninstinkt heraus sind. Die heute historische Situation ist die Frage des Kampfes des Parlaments gegen den Kapitalismus. Das erfordert sowohl geschlossene nationale wie internationale Einstellung. Selbst für den Fall, daß Sowjetrußland untergehen könnte, dann blieben ihm auch nachher noch die Sympathien der Massen. Die Solidaritätsverklärung mit Sowjetrußland ohne Anschluß an die dritte Internationale bleibt eine leere Phrase. Ebenso wie ge-wisse Führer der Gewerkschaften sich jeweils nach den Ereignissen richten, um im entsprechenden Moment die Bewegung wieder um-zubiegen, so gäbe es auch sozialrevolutionäre Parteien, welche eine drohende Aktion der Massen in einer Aktion der Instanzen ersticken lassen möchten.

Zu den Aufnahmebedingungen der dritten Internationale übergehend, führte Däumig wegen der Ausschlußfrage aus: Im Schluß Kautskys liegt eine große Tragik. Ich selbst ver-danke ihm den größten Teil meiner politischen Schulung. Aber heute müssen sich seine Jünger von ihm abwenden. Ueber die Verdienste Kautskys bestehen auch in Rußland keine Meinungs-verschiedenheiten. Wenn aber gerade Breitscheid sich so für Kautsky eingesetzt hat, so lag es ihm mehr an einem ethi-schen Erfolg. Das von Dittmann vorgetragene Material ist durchaus einseitig. Cahn und Proffard sind abgereist ist vor Fertigstellung der Aufnahmebedingungen. Der gegen sie gerichtete Vorwurf von Mangel an Mut, weil sie die Bedingungen bisher nicht veröffentlicht hätten, hat daher keine Berechtigung. In der Bestimmungen der dritten Internationale sehe ich ein Mittel zur Förderung der Revolution. Es kann der Entwidlung nur förderlich sein, wenn jetzt eine Klärung eintritt. Wenn der Anschluß an die dritte Internationale nicht beschlossen werden sollte, so habe ich in dieser Partei keinen Platz mehr. Däumig wünscht, daß die kommenden Kämpfe sachlich geführt werden.

Zu der Mitteilung Dittmanns, daß Däumig und Stoecker eine offizielle Verhandlung mit dem Komitee der Menschewiki abgelehnt hätten, stellt Däumig fest, daß er und Stoecker primär mit einem möglichst weiten Kreis ge-sprochen hätten, aber eine offizielle Unterredung hätten sie ab-

## Die schwere Stunde

Roman von Victor Panin

Schluss] Victor Panin

Am nächsten Morgen war ich schon früh in der Stadt. Den ganzen Weg hindurch elkte ich, von Zeit zu Zeit die unter meinem Mantel versteckte kleine Flasche mit der wert-vollen Flüssigkeit befestend.

Als ich aber, die Türe öffnend, in die Stube des Haus-teschtes trat, war es dort halbdunkel und leer, und plötzlich erfasste mich mit einer Zweifellostigkeit ohnegleichenen der Ge-danke, daß schon alles aus ist, daß das Unglück durch keine Mächte mehr abgemindert werden kann. . . Erst jetzt empfand ich eine starke, unendliche Müdigkeit, ich erinnerte mich, daß ich schon mehrere Nächte schlaflos verbracht hatte, daß meine Füße von dem ungewohnten Gehen schmerzten. Ich zog die Flasche mit der Milch hervor, und sie auf die Höhe des Ge-sichtes hebend, blinnte ich sie an, und in diesem Augenblick tat mir plötzlich diese weiße Flüssigkeit so unendlich leid . . . ich war bereit, zu weinen. Die Hand erbebte, die Finger öffneten sich kraftlos, die Flasche fiel zu Boden . . . zerbrach, und ich sah, wie die weiße Flüssigkeit auf den schmutzigen Brettern weiterfloss . . .

„Woma braucht sie ja nicht mehr, es ist ja alles aus . . .“

„Am Ende ist er aber doch noch am Leben?“ dachte ich voller Schrecken, „und die Milch ist vergossen . . .“

Im nächsten Augenblick aber beherrschte mich wieder die frühere, unerschütterliche Gewissheit, daß alles aus sei. — Ich erhob mich und ging hinaus in unsere Wohnung. Im Speisezimmer auf dem Tisch lag Womas kleine magere Leiche, die während der Nacht ganz dunkel geworden war. Die tief eingefallenen Augen waren feucht, als weinte er noch als Toter weiter. In einiger Entfernung lag Olga auf dem Sofa, mit einer kleinen Wunde an der rechten Schläfe, von wo wahrscheinlich viel Blut geflossen, das jetzt auf der Wange, auf dem Hals geronnen war, und die Wulst an der Schulter bedeckte hatte. Ihre weit geöffneten Augen blickten gläsern, die Pupillen waren dunkel geworden, aber es war kein Todeserschrecken darin zu lesen, sondern eine kalte Erntase schien darin erstarrt zu sein, als träumte sie noch im letzten Augenblick, stehend von ihren ewigen Märchen. . . Die erbleichten Rippen waren finster aufeinander gepreßt, und

dadurch wurden die traurigen Falten um den Mund noch mehr vertieft, — es schien, als finge sie gleich zu weinen an. Auf diese Leichen blickend, suchte ich am kalten Tode die Lösung des Lebensrätsels und hörte kaum, wie der Gute Mensch neben mir leise sprach mit Furcht, den verborgenen Schauer aufzuseuchen:

„Gestern sind sie, die Roten gekommen, es war schon spät, sie suchten dich, guter Mensch. Da entfährt es ihr plötzlich: Ja, weiß wohl, wo er ist, aber ich werde es nicht sagen! — Da gerieten sie in Wut, sie laßt aber fortwährend und laßt und wiederholt: Schlagt mich tot, ich sage es aber doch nicht! . . . Ich fürchte mich nicht vor euch! . . . Einer der Jungen hält ihr den Revolver an die Schläfe, er wollte sie scheinbar erschrecken, sie ergriff aber selber seinen Arm . . . und da war das Unglück geschehen. . . Sie waren selbst ihres Lebens nicht froh . . . alle erbleichten . . . schalteten den jungen Kerl, der aber war ganz verstimmt, weiß wie Kreide stand er da, — es muß wohl das Schicksal sein . . .“

„Das Schicksal . . . Schicksal“, flüsterte ich leise, und überall, wohin man sich im Leben wenden mag, — überall herrscht das Schicksal, und was ist das für eine unbegreifliche Sphäre . . .?“

Leer ist es in meiner Brust und in meinem Kopfe, merk-würdigerweise fühle ich keinen Schmerz, ich fühle aber auch kein Leben ringsum. Fliehet wohl die Zeit? . . . Ich weiß es nicht, und was geht es mich eigentlich an? . . .

Plötzlich ertönt aus Russias Zimmer ein schwacher, wei-nerlicher Schrei eines neugeborenen Kindes. Ich zucke zu-sammen, ich horche hin und blicke, ohne etwas zu verstehen, fragend auf den Guten Menschen.

„Das Mädchen ist erschrocken“, sagt er, „und nun gebiert sie, die ganze Nacht hat die Kermesse sich gequält. . . Ich habe die Weiber von den anderen Wohnungen ihr zur Hilfe her-beigerufen. Das neue Leben ist, scheint, zur Welt ge-kommen“, sagt er traurig lächelnd.

In meinem leeren Kopfe taucht plötzlich, fast unbewußt, der Gedanke auf:

„Inmitten der Leiden, der Qualen, inmitten von Blut und Tod, leimt ein neues Leben. Kind, was wird dir wohl das Schicksal bringen?“

Zum ersten Male in diesem Winter ging jetzt die Sonne auf, und ein schwacher Morgenstrahl fiel schräg auf Womas totes Antlitz.

Er träumte ja so von Sonne! —

## An das Volk

Das Herz entflammt, das rote Banner schwingend,  
Den nackten Flamberg in der nackten Hand,  
So wandern wir von deiner Zukunft singend,  
Der Freiheit Söhne durch das Land.

Nicht deine Götter wollen wir erschlagen,  
Die fallen, wenn sie morsch, von selber um;  
Doch deine Seele soll sich blutig fragen  
An unserem Aufrufwort: Warum?

Warum du hungerst und warum du dürstest,  
Warum du schweißtriest und warum du frierst,  
Warum du hündisch deine Pein'ger fürchtest,  
Warum du frommelnd dich vertierst!

Arno Holz.

Einen russischen Autorenabend veranstaltet der Leon-Hirsch-Berlag als seinen 4. Kunstabend am 18. September, 8 Uhr, im Harmoniumaal, Steglitzer Straße 35. Vorträge aus Werken von Andrejew, Dostojewski, Gorki und Tolstoi, russische Weisen von Rachmaninoff, Glinski-Balaticrew und Tschajkowskij.

In den Schülerbibliotheken finden sich noch immer zahlreiche nationale, militärische, byzantinische Werke, aber kein Buch über Völkerrecht, kein Buch, in dem der republikanischen Staatsform, geschweige dem Sozialismus, Lob gesendet wird. Dagegen werden den Hohenzollern sämtliche Tugenden beigelegt, die ein Mensch haben kann. Eine Revision aller Schülerbibliotheken ist dringend nötig!

In der Kunstausstellung Der Sturm, Potsdamerstr. 134a zeigt Reinhard Goering eine größere Kollektion Zeichnungen und Aquarelle. Gleichzeitg sind neue Zeichnungen und Aquarelle von Paul Klee ausgestellt.

Dantons Tod, Georg Büchners Revolutionsdrama, ist in einer neuen Ausgabe im Verlag Ernst Günther, Freiburg i. B., erschie-nen. Der gute Druck weßt hübschem Einband, übersichtlicher An-ordnung und künstlerischen Bildbeigaben, lassen den Preis von 10 M. heute als nicht zu hoch erscheinen.

Kassenerfolge beim Theater. Der Verlag Oesterheld gibt einen Ueberblick über die Kassenerfolge seiner Autoren. Danach haben die Schauspieler „Hinter Mauer“ von H. Rathjen, „Zet-ten-Gebert“ von Georg Hermann und das zum Teil im Aus-land aufgeführte Drama „Am Boroborn“ von L. Kampf die höchsten, je 200.000 M. betragenden Tantieme-Einnahmen erzielt.

lehnen müssen. „Ich sehe“, so schließt Däumig, „in dem Anschlag eine Förderung der Revolution. Die Massen mögen entscheiden.“ (Starker Beifall.)

### Genosse Crispian

Es handelt sich nicht um den Kampf zwischen rechts und links, sondern um einen Kampf zwischen marxistisch Geschulten auf der einen und kommunistischen, syndikalistischen, anarchischen Revolutionsromantikern auf der anderen Seite. In einem historischen Rückblick weist Crispian nach, wie gleiche Kämpfe schon in der Vergangenheit geführt worden sind. Damals hätten Marx und Engels einen scharfen Kampf geführt. Die revolutionsromantischen Tendenzen seien damals auch bald völlig erloschen, während die marxistische Arbeiterbewegung ständig gewachsen ist.

Die dritte Internationale verlangt ein blindes Anerkennen von Theesen, die wir ablehnen müssen. Man verlangt von uns die Annahme eines Agrarprogrammes, das in Rußland notwendig geworden ist, wenn sich die Volkswirtschaft an der Macht halten wollten. Ein solcher Opportunismus ist ganz unmarxistisch und muß schon deswegen von uns abgelehnt werden. Mit den Mitteln, welche heute in Rußland angewendet werden, kann keine Produktion in Gang gebracht werden. Wir haben die Pflicht, die Massen nicht nur auf den Kampf, sondern auf den Frieden nach der Revolution vorzubereiten.

Wir haben furchtbare Worte von Gewalt hier gehört. Aber die Vertreter der brutalen Gewalt haben auch bessere Zeiten gehabt. Das gilt besonders von Wilhelm Herzog, dem „neuen Messias der Wasserkrante“. Crispian bringt dafür Beweise aus Kummern der „Republik“, in denen Eisner und Jaurès gefeiert werden, die heute auch als Sozialpazifisten dastehen. Ich war niedergeschmettert von meinen Erfahrungen in Rußland. Niedergeschmettert hat mich die rohe, brutale Art der Durchführung des Kommunismus. Genosse Crispian bringt eine Fülle Material für seine Ansicht.

Däumig, Stoedter, Gezer und andere kapitulieren glatt vor den Kommunisten. Aber ich stelle auch fest, daß keiner den Mut aufgebracht hat, klar und eindeutig zu sagen, wann und wie und was getan werden muß zur Durchführung dieser Bedingungen. Das bezeichne ich mit Recht als Unehrlichkeit. Man will den Arbeitern eine Binde vor die Augen legen und sie nach Moskau führen.

Wir sind beauftragt, von Moskau aus, diese Bedingungen in aller Kürze durchzuführen, in Sad und Nische Buße zu tun. Bevor wir nicht reiflos diese Bedingungen erfüllt haben, dürfen wir keinen Antrag um Aufnahme der Partei stellen. Wenn wir dann alle Prüfungen bestehen, kann uns die Gnade erbliken, in Moskau aufgenommen zu werden. Ich kann nicht verstehen, wie man ein überzeugter Anhänger der U. S. P. D. sein kann und doch die Partei spalten will, damit sie in Moskau aufgenommen wird.

Wie liegen die Dinge in Frankreich? Crispian schildert nochmals, wie die verärferten Bedingungen in Moskau zustandekommen sind. Als auch der Ausschluß Longuets beschlossen wurde, haben wir, Dittmann und ich, Frossard davon verständigt. Frossard wehrte ab und hielt das für ganz unmöglich. Jedemfalls nahm er an, daß der Kongreß diese Bestimmungen nicht annehmen werde. Es wurde eben dort die alte kommunistische Politik getrieben, die Unehrlichkeit und Unaufrichtigkeit, mit der wir immer uns herumzuschlagen hatten. So ist die Kommunistenpolitik, so ist die „Rote Fahne“, die nichts weiter als ein Revolverblatt ist. Wir haben ja sozial Kommunisten in unserer Partei, hineingeschickt von den Kommunisten im Auftrag der Russen, um die Stellung der Führer zu untergraben.

Durch die Taktik sollen die Grundzüge erst lebendig werden. In diesem Sinne sind Grundzüge und Taktik kaum voneinander zu trennen. Deshalb ist es unehrlich, zu sagen, daß keine Kommunisten in den Redaktionen sitzen sollen; zum Teil sitzen sie ja drin. Wir müssen aber beachten, was in den Bedingungen drinsteht! Nicht nur die Sozialpazifisten, sondern auch die Kontraktanten müssen hinaus und an ihre Stelle überzeugte Kommunisten gesetzt werden. Das bedeutet, daß beispielsweise 10 Mitglieder unserer Fraktion aus der Partei entfernt werden müssen. Wer etwas anders sagt, handelt unehrlich. Die Reinigung und der Bruch muß für jetzt und „ultimato“ durchgeführt werden. Diese ganze Forderung wird sich furchtbar rächen am deutschen Proletariat. Zerbrechen Sie alles, was Sie aufgebaut haben, aber verlangen Sie nicht, daß ein radikaler Sozialist das mitmachen soll. Auch aus den Gemeinde- und Kreisvertretungen muß ausgesiebt werden. Was gibt das für ein Scherengericht, was gibt das für eine Arbeit. Denn es soll ja nicht einmal, sondern öfter gereinigt werden. Crispian zitiert eine Keuzung der Ledebour's über Organisationsfragen, nach der Karl Liebknecht jetzt auch als Sozialpazifist gelten müsse.

Warten wir den Frieden in Rußland ab und sehen wir, wie dann die Agrarfrage gelöst wird. Sie wird nicht gelöst werden können mit den Mitteln, die man uns jetzt aufhängen will. Die Agrarpolitik der Russen wirkt direkt konterrevolutionär. Man könnte vielleicht sogar den Namen ändern, aber wir sollen ihn unter der Bedingung ändern, weil die sozialdemokratischen Parteien Verrat an der Arbeiterbewegung geübt haben. Mich selbst als Verräter der Arbeiterbewegung zu stempeln, habe ich nicht die geringste Lust.

Die Annahme der Bedingungen bedeutet aber vor allem die völlige Aufgabe des Räte systems. Die Kommunisten in Rußland waren in dieser Beziehung nicht so radikal wie die deutschen U. S. P. Vertreter. In Rußland bestehen praktisch die Arbeiterräte nicht mehr. Wer diese Bedingungen erfüllt, der lehnt das Programm unserer Partei ab. In unserem Programm steht die Forderung des Räte systems als das Instrument des sozialistischen Aufbaus. Die Moskauer verlangen die Diktatur von oben herunter. So ähnlich steht es auch mit den politischen Räten. Wie kann man uns zumuten, diese opportunistischen Bedingungen anzunehmen. Sollen wir das öffentliche Wahlrecht einführen wie bei den russischen Wahlen?

Ich stelle fest, es ist unehrlich, hier zu sagen, man soll bekennen, ob man für oder gegen Sowjetrußland ist. Ich lehne es ab, das zu bekennen. Es ist eine Verleumdung zu sagen, wir seien gegen die kommunistische Internationale. Sie ist noch keine Internationale, sie wird es sehr wohl auch nicht werden durch die Schuld der kommunistischen Päpste. Nicht gegen die dritte Internationale, sondern gegen diese Bedingungen, die uns in unserer marxistischen Ueberzeugung vergeblichen. Radek sagte offen in den Verhandlungen: „Man muß den deutschen Arbeitern sagen, daß die Bedingungen deshalb so schwer sind, weil Dittmann und Crispian sich hier so benommen haben.“ (Lebhaftes Hören! Hören!) Das sagte er, weil ich wegen der fortwährenden Angriffe auch mal erregt auf den Tisch schlug. Crispian kommt nochmals auf die Verantwortung für das Antwortschreiben zurück und erhebt nochmals die Angriffe gegen Stoedter.

Crispian geht über mit der Politik ins Gericht, die auf Konsistenz mit der Entente hindrängt. Wie man der deutschen Arbeiterklasse zumuten kann, eine solche kriegerische Politik zu treiben, ist mir unverständlich. Wenn die Frage steht, ob am 1., 3., 5. oder 13. September die politische Macht erungen wird und ob sie behauptet werden kann, so sage ich, man muß sich darum bemühen, aber möglich ist es bis zum 13. September nicht. Die Arbeiterklasse zerfällt sich an innerem Bürgerkrieg. Wir wollen wir uns behaupten gegen die Bourgeoisie, gegen die Bauern, gegen die Militärs und gegen einen nicht kleinen Teil der Arbeiterschaft. Darauf die Antwort zu geben, das steht der „Rote Fahne“ zu. Die kommunistische Politik erzeugt die Panik, erzeugt die Niederslagen, wie jetzt in Stuttgart. Sind wir solche Leute, daß wir nicht mehr sagen sollen, diese Aktion ist verfehlt, sie ist nicht revolutionär, sie ist gegenrevolutionär. Wenn wir heute Rußland nicht besser helfen können, so liegt das an der deutschen kommunistischen Partei. Deren Politik muß zum Verhängnis Deutschlands und der Weltrevolution führen. Es ist eine verrückte Idee, die Internationale mit lauter Kriegserklärungen zu beginnen. Ueberall werde das revolutionäre Proletariat jetzt zerfallen. Wir fragen nicht, ob wir die Mehrheit bekommen oder nicht. Wir lassen unser Urteil nur von unserer Einsicht bestimmen. (Beifall.) Um die Seele der

Arbeiterschaft müssen wir jetzt ringen. Die Bannstiche Moskaus machen uns nicht tot. Ich werde ringen nach dem Grundsatze: Nicht Diktatoren, nicht Militärs können die Arbeiterschaft befreien, die Befreiung der Arbeiterschaft kann nur das Werk der Arbeiterschaft selbst sein. (Starker Beifall.)

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Gen. Ledebour: Däumig habe eine unrichtige Wiebergabe seiner gestrigen Äußerungen zum Angriff benutzt. Er habe Däumig nur moralische Freiheit zum Vorwurf gemacht. Hierbei kommt Ledebour nochmals auf die Januarvorgänge sowie auf die Begleitumstände der Gründung der kommunistischen Partei zu sprechen und meint, daß Däumig ihm keinerlei Vorwurf machen könne und jedenfalls kein Recht habe, sich auf einen früheren, auf mangelhafter Orientierung stufenden Bericht der „Freiheit“ zu berufen.

Es folgen weitere persönliche Bemerkungen vom Genossen Vallob, der Angriffe von Eichhorn, Stoedter und Däumig zurückweist, und dem Genossen Adolf Hoffmann gegen Crispian.

Genosse Stoedter verwahrt sich gegen Dittmann, daß er im Anfang des Krieges patriotische Berichte geschrieben habe. Er betont, daß er von den ersten Augusttagen an zu den Verurteilten der Kriegspolitik gehört habe und in Köln die Parteiposition von Anfang an mitgemacht habe.

Genosse Geck stellt fest, daß die Berichterstattung über die Reichskonferenz vom Pressebureau organisiert wurde und die Redaktion der „Freiheit“ dafür nicht verantwortlich ist. Der Bericht ist das eigne Werk der Berichterstatter, die Redaktion hat darauf keinen Einfluß.

Genosse Dittmann hält seine Behauptungen gegen Stoedter aufrecht, da dieser nicht bestritten habe, die entscheidende Stelle geschrieben zu haben.

Genosse Scholz-Erfurt gibt zur Darstellung der verhehenden Agitation der Kommunisten folgende Erklärung ab:

Die „Rote Fahne“, das Organ des Spartakusbundes, veröffentlicht heute im Spigenartikel eine Resolution, die von Versammlungen der Eisenbahner Erfurts beschlossen wurde.

Diese Resolution ist in der größten Weise gefälscht, um Stimmung gegen die U. S. P. D., besonders aber gegen die Beteiligung unserer Partei an der Reichs-Transport-Kontrollkommission zu machen. Der Satz:

„Das Verhalten der deutschen Regierung, unterstützt durch die aus Mitgliedern der U. S. P. D., U. S. P. D. und des Gewerkschaftsbundes zusammengesetzte Reichs-Transport-Kontrollkommission, steht in scharfem Widerspruch zu der Aufforderung des Internationalen Gewerkschaftsbundes und dient dazu, dem Ententeimperialismus Hilfsdienste gegen Sowjetrußland zu leisten“

befindet sich nicht in der angenommenen Resolution, sondern ist von der „Roten Fahne“ in demagogischer Absicht hinzugefügt worden. Auch die Referenten und Diskussionsredner haben sich nicht in diesem Sinne geäußert. Alle Schlussfolgerungen, die die Redaktion der „Roten Fahne“ gerade aus diesem hinzugelegenen Satz zieht, sind deshalb hinfällig. W. Scholz, Erfurt.

Genossin Zieg wendet sich ebenfalls gegen die Schreibweise der „Roten Fahne“ und erläutert nochmals das Zustandekommen der Kontrollkommission, die auf Vorschlag der Kommunisten gebildet worden sei.

Genosse Stoedter sagt gegenüber Dittmann, daß er die Verantwortung für die damals veröffentlichten Artikel ablehnen muß, da Meerfeld ihm die Artikel abgehandelt habe.

Genosse Rauch stellt nochmals fest, daß die Berichterstattung durch das Pressebureau durchaus objektiv erfolge, dieselbe Erklärung gibt Genosse Prager von der „Freiheit“ Redaktion.

Genossin Zieg sagt in einigen Schlussworten, daß es nötig ist, daß alles Material, alle Berichte ins Land hinausgehen, damit die Genossen unterrichtet werden und die Grundlagen der Diskussion gegeben sind. Sie wendet sich auch gegen die Beschlässe einzelner Bezirke, die schon gefaßt wurden, ehe die Delegation noch zurück und die Bedingungen bekannt waren. Genossin Zieg appelliert an alle Konferenzteilnehmer, hinauszugehen und weitestehende Aufklärung zu verbreiten. Darauf wird die Tagung geschlossen.

Hut vertauscht. Von einem Delegierten, der wohl Donnerstagsabend bereits abgereist sein dürfte, wurde auf der Reichskonferenz ein dunkelgrauer Haarflügel, gezeichnet F. S., vertauscht. Der betreffende Genosse wird gebeten, keine Adresse dem Zentralkomitee mitzuteilen.

## Stimmen der Parteipresse

„Düsseldorfer Volkszeitung“.

Die Notwendigkeit des internationalen Zusammenschlusses des Proletariats ist im Leipziger Aktionsprogramm der U. S. P. zum Ausdruck gebracht, fast mit denselben Worten, wie das schon im alten Erfurter Programm geheißen war. Doch war die U. S. P. in Leipzig sich völlig einig darin, daß dieser Zusammenschluß nicht wieder auf der Grundlage der bis zum Weltkriege bestehenden Organisationen der Arbeiterbewegung geschehen könne. Für die Wiederaufrichtung dieses mit dem Ausbruch des Weltkrieges zusammengebrochenen Gebildes erhob sich in Leipzig nicht eine einzige Stimme. Wohl wurde angeregt, mit den Resten der zweiten Internationale noch einmal zusammenzukommen, um diese Gelegenheit zu einer Verständigung mit revolutionär-sozialistischen Gruppen nicht vorübergehen zu lassen. Diese Anregung war aber nur ein taktischer, keineswegs prinzipieller Vorschlag und konnte deshalb auf den Widerspruch der Mehrheit des Leipziger Parteitages hin ohne weiteres zurückgenommen werden.

Diese Moskauer Aufnahmebedingungen stellen in ihrer Gesamtheit eine Organisationsform dar, die die Klassenbewußte Arbeiterbewegung in Deutschland und anderen westlichen Ländern längst überwunden hatte. Man muß in der Geschichte der deutschen sozialistischen Arbeiterbewegung schon auf dem Lausitzer „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“ zurückgehen, wenn man ähnliche Formen mit der diktatorischen Gewalt der leitenden Spitze und untergeordneten Stellung der Mitgliedschaften einer Organisation erkennen will. Diese Organisationsform bildete mit dem Hauptstreitgegenstand zwischen Lassalleanern und Eisenachern der sechziger Jahre, sie mußte verschwinden mit der politischen Erkenntnis der breiten Arbeitermassen und dem damit verbundenen immer größer werdenden Zustrom der Proletarier zum Sozialismus. Die politische Organisation des Klassenbewußten Proletariats, die Sozialdemokratie, mußte auch in ihrem Aufbau den Charakter der Massenpartei zum Ausdruck bringen, in der die Mitgliedschaften das Bestimmungsrecht ausüben und die Leitungen nur die Beauftragten der Mitgliedschaften sind.

Wie weit die Unterwerfung der Mitgliedschaften unter das Exekutivkomitee gedacht ist, zeigen die Bestimmungen über die „Reinigung“ der Mitgliedschaften, die von Zeit zu Zeit vorgenommen werden sollen. Jedes Mitglied der Partei, das nicht völlig sich der höheren Weisheit des Exekutivkomitees unterwirft, muß hinausbefördert werden. . . . Man weiß nicht, worüber man mehr den Kopf schütteln soll, über die Radikalität, mit der diese Zumutungen an die sozialistischen Parteien verschiedener Länder von den Moskauer Kommunisten gemacht werden, oder über den Geist der fanatischen Unabkämtheit, mit der von diesem Exekutivkomitee alle Sozialisten verfolgt werden, die nicht völlig und in allen Punkten mit ihm übereinstimmen. Das ist derselbe Geist der Unabkämtheit, der den katholischen Priester besetzt, der seinen Schäfchen jede Lektüre verbietet, die nicht den kirchlichen Segen hat; der beim fanatischen Freidenker zum Ausdruck kommt, wenn er über anderer Leute Kirchenschatz oder Erfüllung kirchlicher Zeremonien sich ereifert; der den Parteivorstand der alten sozialdemokratischen Partei in der Kriegszeit erfüllte, als er alle ihm nicht passenden Redakteure aus der Parteipresse hinauswarf und die Mitglieder der Partei, die anderer Meinung waren als er, als außerhalb der Partei sich stellend bezeichnete. Dieser Geist der Unabkämtheit ist der Geist des Stettens, aber nicht der einer großen politischen Partei. Und besonders nicht

des Sozialismus unserer Tage, der nach der Revolution zu einer Volksbewegung geworden ist.

Nun sagen zwar die Moskauer: In der heutigen Zeit des wirtschaftlichen brutalen Klassenkampfes zwischen Proletariat und Bourgeoisie gibt es, die Organisationsform auf die Kampfnotwendigkeiten zugeschnitten. Diese erfordern ein einheitliches Handeln des Weltproletariats und demgemäß eine geschlossene, straffe Disziplin. Das ist richtig, jedoch läßt sich diese Einheitlichkeit des Handelns des Weltproletariats nicht durch militärische Disziplin erzwingen, sondern nur durch die proletarische, freiwillige Disziplin aufgestellter, sozialistisch überzeugter Arbeiter und Angestellter erreichen. Wir bezweifeln durchaus nicht, daß es auch in Deutschland Männer gibt, die die Moskauer Disziplin, die sich bei Militärs in der Forderung des Kadavergehorsams äußert, für ideal halten, wie wir nicht zweifeln, daß es auch in Deutschland Männer gibt, die gerne Lenin und Trotzki spielen möchten. Man vergesse aber nicht, daß zum Lenin- und Trotzki-Spielen zwei Faktoren gehören: die Diktatoren und die Massen, die sich die Diktatoren gefallen lassen. Diese beiden Faktoren mögen in Ländern mit unentwickeltem Proletariat möglich sein, aber nicht in den alten Zentren sozialistischen Klassenkampfes der westlichen kapitalistischen Länder. Hier muß jeder solche Versuch zur weiteren Spaltung der Arbeiterklasse führen, wie wir es ja leider durch die Erfahrung bestätigt sehen. Das erste Erfordernis eines erfolgreichen Kampfes gegen die imperialistische Bourgeoisie ist aber die Zusammenschweißung der Arbeiterklasse, denn der Sozialismus kann nur verwirklicht werden als Massenbewegung Klassenbewußter Proletarier.

Die Aufnahmebedingungen der Dritten Internationale sind also für die deutsche U. S. P. unüberwindlich. Darum aber wollen wir durchaus nicht verkennen, daß in den Moskauer Rundgebungen wertvolle Hinweise für den politischen Kampf des Proletariats enthalten sind, die wir in einem späteren Artikel würdigen werden.

„Der Kampf“ (München).

A. W. . . . Aus den Bedingungen könnte man die Ueberzeugung gewinnen, daß hinter ihnen eine Organisation und Leute stehen, die über alle Widersprüche der geschichtlichen Entwicklung erhaben sind. Wie mit dem Weisrauch der Unfehlbarkeit wirken diese Bedingungen auf uns. Hier zeigen sich uns die russischen Kommunisten, das Rückgrat der dritten Internationale, in leuchtender Reinheit, die das höhere Wesen der proletarischen Internationale wie einen heiligen Gral hüten vor allen kompromißlästernen Opportunisten, und die dafür sorgen, daß nur zuverlässige Kommunisten, die gegen jede Augenblickspolitik geeit sind, auf alle verantwortungsvollen Posten der U. S. P. D. kommen. . . .

Ist der Opportunismus eine prinzipielle Frage? Ist es nicht so, wie Serrati sagt, daß man es den einzelnen Ländern überlassen müsse, darüber zu entscheiden, wann man sich von den sogenannten Opportunisten trennen müsse?

Wer ist für die Frage des Opportunismus die höhere Instanz der revolutionäre Gesamtprozess oder ein diktatorisches Konzil in Moskau?

Ist es nicht ein Attentat auf unsere marxistische Methode, zu glauben, man könne die revolutionäre Entwicklung durch wunderschöne Dekrete forcieren, gewaltsam beschleunigen?

Die Bedingungen sind keine Argumente des revolutionären Marxismus, sondern solche der Roten Armee und der Diktatur der russischen Kommunisten, wie sie unter den besonderen russischen Bedingungen geworden sind. . . .

Das ist kein Vorwurf gegen die russischen Kommunisten, wohl aber gegen ihr Bestreben, die Internationale zu einem „höheren“ Wesen zu erheben.

Wenn in Rußland selbst zwei Richtungen miteinander ringen, kann man dann von der U. S. P. verlangen, daß sie die Bedingungen der 3. Internationale als ein unfehlbares Dogma hinnimmt und aufhört, die Partei des deutschen Proletariats zu sein?

Sollen wir nicht das Doppelgesicht der russischen Volkswirtschaft sehen, ihren linken Flügel und ihre staatsmännlichen Rechte?

Sollen wir die Lehren Lenins in den Wind schlagen, der in seiner Broschüre „Der Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus“ schreibt, daß es ein großer Fehler wäre, die internationale Bedeutung der russischen Revolution auf mehr als „einige“ Grundzüge auszubehnen? . . .

Während die Bedingungen die Entfernung aller erfahrenen Opportunisten aus der U. S. P. verlangen, schreibt Lenin in der oben genannten Broschüre: „Und keinerlei Gezer gegen die Führer, keinerlei eblliche Versprechungen, die Massen von dem Einfluß dieser Führer reinzuhalten, können uns von der Notwendigkeit befreien, die Vertreter dieses bürgerlich-intellektuellen Milieus für diese — journalistische — Arbeit zu benutzen, können uns vor der bürgerlich-demokratischen „Besieger“-Atmosphäre und der Umgebung befreien, in der diese Arbeit beim Kapitalismus durchgeführt wird. Zwei und ein halbes Jahr nach dem Sturz der Bourgeoisie sehen wir diese Atmosphäre, diese Umgebung der massenhaften bürgerlich-demokratischen Besitzbeziehungen (der Bauern und Handwerker).“

Das schreibt kein sozialpazifistischer Opportunist, sondern ein ganz „zuverlässiger“ Kommunist.

Darnach beurteile man nun die Bedingungen der dritten Internationale. . . .

Wir haben vor allen Illusionen gewarnt. Wir haben gesagt, daß die Frage der Internationale nur durch die revolutionäre Entwicklung in Deutschland und Westeuropa entschieden werden könne. Die neue proletarische Internationale kann nur geschaffen werden durch die Revolutionierung der Massen in Deutschland und in Westeuropa, keine Beschlüsse von Parteitagen und keine unerschöpflichen revolutionären Bedingungen können hier helfen. . . .

Es handelt sich keineswegs darum, was einzelne Proletarier oder selbst das gesamte Proletariat sich einfallen vorstellen, sondern es handelt sich darum, was das deutsche Proletariat in Deutschland sofort zu tun gezeugen sein wird. Keine Internationale und keine Rote Armee, die kein billiger Regenjähirt sind, können hier helfen.

Wir verteidigen nicht die U. S. P. als Partei, sondern die Eigenständigkeit der deutschen Revolution. Wir würden das ebenso vom Standpunkt der K. P. D. aus tun. Wir tun es vom Standpunkt des revolutionären deutschen Proletariats.

Wir brauchen eine praktische Solidarität mit Rußland und der dritten Internationale, und wir müssen sie zu erreichen suchen, ohne daß unsere deutsche Selbstbestimmung, die Selbstbestimmung der deutschen Arbeiterklasse, durch diktatorische Bedingungen und Konzilien gemordet wird.

„Erfurter Tribüne“.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei befindet sich in einer schweren Krise, deren Ueberwindung nach Art und Form den Prüfstein dafür abgeben wird, ob sie befähigt und qualifiziert genug ist, die Kräfte zu erfüllen, die ihr als größte sozialrevolutionäre Partei Deutschlands und der ganzen Welt zufällt. Die Krise ist hervorgerufen durch die vom zweiten Kongreß der dritten Internationale aufgestellten Anschließungsbedingungen. Sagen wir es gleich im voraus: die Beschlüsse, die uns die U. S. P. D. Delegation vom Moskauer Kongreß mitgebracht hat, sind eine bittere Enttäuschung der Hoffnungen, die wir und unsere Genossen bei den wärmsten Sympathien für Sowjetrußland hegen zu dürfen glaubten. Wir gestehen es ehrlich zu: uns hat jeder einzelne Satz aufs tiefste erschüttert, denn was uns aus den Anschließungsbedingungen entgegentritt, ist etwas völlig Neues und heißt uns einen vollkommenen Bruch mit dem zu vollziehen, was an geschichtlich gewordenen sozialistischer Organisationsauffassung und -betätigung bisher in uns gelebt hat.

Diese Empfindungen dürfen aber lange noch keine Veranlassung sein, rein gefühlsmäßig und impulsiv ein Unannehmliches zu bonnern, wie das beispielsweise die „Leipziger Volkszeitung“ tat. Wir sagen das mit demselben Rechte, wie die Genossen um Hilferding und Crispian vor dem Leipziger Parteitag davor warnten, sich bei der Entscheidung über den Austritt aus der zweiten und dem Anschlag an die dritte Internationale rein gefühlsmäßig von den Sympathien und solidarischen Empfindungen für das heldenmütige russische Proletariat leiten zu lassen. Wie damals, so heißt es auch heute kalt und ruhig zu prüfen und den Bestand entscheidend zu lassen. Dabei aber wird

herausstellen, daß der größte Teil der Anschließbedingungen und des Statuts der dritten Internationale nichts enthält, was sich nicht als Konsequenz der zur Verwirklichung des Sozialismus angestrebten proletarischen Diktatur herausstellt.

Bei der Diskussion über die Anschließbedingungen, die zweifellos einen Bruch mit unserer ganzen bisherigen Parteitradition bedeuten, wird klar und offen ausgesprochen sein, welche Konsequenzen die Annahme der Bedingungen für die Mitglieder der Partei haben, wenn das Ganze eben nicht nur formal bleiben soll. Es steht außer Zweifel, daß die Herstellung einer einheitlich geschlossenen Kampffront gegen die internationale Konterrevolution nur zu wünschen ist. Das Bürgerium in Deutschland, das sich heute wirtschaftlich so stark fühlt, daß die Arbeiter kaum Aussicht haben, in einem wirtschaftlichen Kampfe Vorteile zu erringen, harrt in Waffen und lauert nur darauf, das Proletariat blutig niederzuschlagen. Die Arbeiter müssen sich deshalb klar darüber sein, daß die Annahme der russischen Organisationsprinzipien nur einen Sinn hätte, wenn sie den Kampf mit dem Bürgerium, der ihnen zu jeder Stunde zur Verteidigung der Revolution ausgedrungen werden kann, mit demselben Opfermut aufnehmen wollen wie das russische Proletariat. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß die inner- und außenpolitischen Kampfbedingungen für die deutschen Arbeiter ungleich ungünstiger sind als in Rußland. Nur dann hätte der Bruch mit allen unseren historisch gewordenen Organisationsprinzipien und eine Einordnung in die von einem Willen besetzte aktive Kampfesorganisation einen Sinn, wenn das Proletariat auch fähig ist, mit dem Feuer und dem Eifer eines heiligen Glaubens für das kommunistische Ideal den Kampf auf Leben oder Tod zu wagen und kein Proletariat in dem Kampfe zurückläßt. Das muß dem Proletariat in den nächsten Wochen durch die Diskussion aller Einzelheiten der Anschließbedingungen so nahe als nur möglich gebracht werden. Wir sind deshalb der Meinung, daß die Frage des Anschlusses nicht durch den Parteitag, sondern durch eine Urabstimmung endgültig entschieden werden kann, deren Resultat zugleich ein Gradmesser wäre für die Reife, die das Proletariat erlangt hat. Für den Anschluß können wir uns deshalb nur erklären, wenn sich in der Abstimmung durch eine starke Majorität erweisen würde, daß die Massen von größter Opferwilligkeit besetzt sind und im festesten Vertrauen auf die Führer bereit sind, für die Zeit des entscheidenden Kampfes auf das zu verzichten, was wir bisher in unserer Organisation mit Stolz Selbst- und Mitbestimmung der Massen in allen Parteifragen genannt haben.

Wir wollen bei alledem nicht verhehlen, daß nach diesen Darlegungen doch einige Punkte der Bedingungen übrig bleiben, die uns sehr bedenklich erscheinen. Das sind vor allen Dingen die Frage der bisher opportunistischen Führer und die Ausübung der Diktatur nach der Ergreifung der politischen Macht. Wir sind indessen der festen Überzeugung, daß sich in diesen Fragen die Exekutive in Moskau nicht an Formalitäten und Buchstaben klammern wird.

So darf man im allgemeinen der guten Hoffnung sein, daß der Weg zur Einigung mit den der dritten Internationale angeschlossenen Parteien durch die Anschließbedingungen nicht so hoffnungslos verbartet ist, als es manchem Genossen im ersten Augenblick erschienen.

### Tribüne (Mannheim).

—zg. Niemals hätte mit dem Wort „Demokratie“ im Verlauf der Revolution ein so arger Mißbrauch getrieben werden können, wenn nicht, wie ein Evangelium in den Massen der jähre Glaube an einen Zustand rein menschlicher Gleichberechtigung lebte. Der tragere Teil der Arbeiterchaft meinte schon in den ersten Aeuerungen der formalen Demokratie einen tröstenden Anfang des ersehnten Gesellschaftszustandes zu sehen, der sich als Begriff so unendlich unterschiedlich in den Köpfen der Millionen Proletarier spiegelt. Wahre, echte Demokratie bedeutet schließlich ein Gemeinschaftssystem, das den Schwachen um soviel mehr schützt, als ihn körperliche und geistige Mängel hinter einer gelinden Form zurückziehen lassen. Wahre Demokratie bedeutet Gleichberechtigung der heutigen Gegensätze zum Wohle aller für die Allgemeinheit schaffender Menschen. Wir wissen, daß dieser uns heute noch sehr, sehr ferne Zustand der Gesellschaft nicht gebracht wird durch gemeinsame Arbeit mit denen, die ihn nicht wünschen, die ihn aus dem Gedankenkreis ihrer Erziehung und der egoistischen Logik ihrer Verhältnisse bekämpfen. Wir wissen, daß ein Uebergangsstadium nötig ist, in dem die Masse der Besitzlosen und wirtschaftlich Schwachen den Gegnern der wahren Demokratie ihren Willen solange aufzwingt, bis Verhältnisse geschaffen sind, die ein Fortentwickeln zur klassenlosen Gesellschaft garantieren, die einen Rückfall in das System der Ausbeutung unmöglich machen. Es steht aber auch fest, daß selbst dem Teil der Arbeiterchaft, der sich bemüht aber unbewußt den Gegnern der klassenlosen Gesellschaft unterwirft, als Anhängel dieser Gegenformationen der Wille der revolutionären Arbeiterchaft auszuweichen werden muß. Nun ist es eigentlich selbstverständlich, daß diese Diktatur des Proletariats ausgeübt werden muß von der Masse derer, die bemüht auf die Beseitigung des heutigen Systems hinarbeiten und dabei jedes Zugeständnis an das System selbst ablehnen. Innerhalb dieser zur Ausübung der Diktatur berufenen Masse müssen die einzuschlagenden Wege und die Art der zu treibenden Politik — immer im Hinblick auf das gesteckte Ziel und unter nächster Wertung der einwirkenden Verhältnisse — sachlich erörtert und durch Mehrheitsbeschluß festgelegt werden. Es gibt jedenfalls keine andere Möglichkeit, um die zur Durchführung der sich ergebenden, ungeheuren Aufgaben nötige Willenseinheit zu erzielen. Nun stehen wir heute noch nicht vor der Möglichkeit, die Diktatur des Proletariats in die Tat umzusetzen. Lediglich ihre kommende Notwendigkeit können wir an den tausend Beispielen des politischen und wirtschaftlichen Lebens propagieren. Aber auch in diesem Stadium der Vorbereitung ist größtmögliche Einheitlichkeit des Willens und der Auffassung absolut notwendig. Wiederum bleibt auch zur Erreichung dieser Einheitlichkeit nur der Weg der Verständigung innerhalb der vorwärtsdrängenden Masse, wenn nicht der Versuch, einer Unübersichtlichen, aufeinanderstrebenden Meinungen oder die gesunde Absonderung der diktatorischen Minderheit zur Folge haben soll. Ein solcher Diktaturversuch innerhalb der Masse, welche das Schwergewicht bei der Durchführung der sozialen Revolution bilden will und soll, muß eine Krise herausbeschaffen, die die Schlagkraft der Masse völlig lähmen kann, wenn diese Masse nicht aus Individuen besteht, die jeden Anspruch auf Geistestätigkeit flüchtig aufgegeben hat. Vor eine solche Krise stellen die Bedingungen des 2. Kongresses der 3. Internationale heute die Arbeiterchaft der U. S. A. Wir haben diese Bedingungen veröffentlicht. Sie laufen in ihrer Zusammenfassung auf folgendes hinaus:

Die Arbeiterchaft der U. S. A. verzichtet in Zukunft darauf, eine Meinung zu haben, die nicht in allen Punkten der Auffassung einiger weniger Männer entspricht; sie verzichtet auf das Recht, die aus den praktischen Verhältnissen erworbenen Erfahrungen der vielen Einzelnen der Masse bei den Entschlüssen einer nach Moskauer Direktiven arbeitenden Zentraleitung gewertet zu sehen.

Die Arbeiterchaft schaltet bewußt ihre gesunde Kritik aus und suggeriert sich die durch eine streng einheitlich beeinflusste Presse verbreiteten Ansichten als unumstößliche Wahrheit. Die Arbeiterchaft, die von hellem Streben nach revolutionärer Betätigung besetzt ist, aber sich nicht in die „eisernen Disziplin“ der Parteizentrale lösen kann, weil sie auf eigene Geistestätigkeit nicht verzichten will, muß, wenn sie nicht die Geschäfte lenkender Kleinbürger besorgen will, jede politische Regung in sich ersticken.

Das ist der Kern der hauptsächlichsten Bedingungen, die der U. S. A. von Moskau gestellt wurden.

Man wird mit noch so großer Mühe in ihnen nichts entdecken können, was einer proletarischen Gleichberechtigung von Menschen mit eigenem Verstand entspricht. Diese geforderte, geistige Selbstkürzung würde zwar auch eine äußerliche Einheit proletarischen Willens vorpiegeln, hätte aber mit proletarischer Demokratie nicht das geringste gemein.

## Der Betriebsräte-Kongress

Die Gewerkschaftliche Betriebsrätezentrale des U. D. G. B. und der Afa sendet uns folgende Zuschrift:

Durch einen Teil der Arbeiterpresse laufen Notizen, welche insbesondere das Wahlverfahren bemängeln. Zur Aufklärung sei hierzu folgendes bemerkt:

Die Richtlinien des U. D. G. B. und der Afa für die Zusammenfassung der Betriebsräte betreffen den örtlichen Aufbau der Betriebsräte. Außerdem besteht noch ein provisorischer Beirat von 17 Betriebsräten, welcher dem geschäftsführenden Ausschuss der gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale des U. D. G. B. und der Afa beigegeben ist.

Die Bestätigung der Richtlinien für den örtlichen Aufbau erfolgt durch den Betriebsräte-Kongress. Auf demselben sollen außerdem die Richtlinien für den weiteren Aufbau der Betriebsräte nach Wirtschaftszweigen beraten und beschlossen werden. Ebenso wird auf dem Kongress die Zusammenfassung des Beirates endgültig beschlossen und die Wahl des Beirates vorgenommen.

Die Einberufung weiterer Kongresse erfolgt dann durch die von dem ersten Betriebsräte-Kongress gewählten Organe.

Die Einberufung des ersten Kongresses selbst mußte naturgemäß durch die Gewerkschaften erfolgen.

Die gesamte Arbeiterchaft hat einmütig den Willen bekundet, daß der Kongress schnellstens einuberufen sei. Die Einberufung ist nunmehr zum 5. und 6. Oktober erfolgt. Die Zeit zur Vorbereitung der Wahlen mithin von vornherein sehr kurz gewesen.

Die örtliche Zusammenfassung der Betriebsräte ist noch nicht allenthalben vorgenommen. Insbesondere bestehen hierüber noch in einzelnen Teilen Deutschlands innerhalb der Arbeiterchaft prinzipielle Differenzen. Von einem Auslaufen nach Wirtschaftsbezirken kann überhaupt noch nicht die Rede sein. Die Zahl der Kongreßteilnehmer ist mit 1100 bereits bis zur äußersten Grenze der Verhandlungsfähigkeit einer derartigen Körperschaft festgelegt. Trotzdem entfällt noch nicht einmal auf jeden größeren Ort ein Delegierter, geschweige denn auf die vielen großen und bedeutenden Werke, die ver einzelt liegen. Es sei hier nur auf das Leuna-Werk oder Golpa-Zhornowitz als Beispiele verwiesen.

Derartige Werke, welche eigentlich alle durch einen Delegierten vertreten sein müßten, gibt es Hunderte. Wie hätte man in der kurzen Zeit bis zur Einberufung des Kongresses ein Wahlver-

### Bezirksverband Berlin-Brandenburg

Heute, Sonnabend, abends 6 Uhr, findet in der „Neuen Welt“, Hasenheide, eine Konferenz der Berlin-Brandenburger Parteifunktionäre statt. Tagesordnung:

#### „Berichterstattung von Moskau“

Referent: Genosse Crispian. Korreferent: Genosse Däumig.

Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß der Eintritt nur gegen Vorzeigung der roten Ausweisarte erfolgt. Die Geschäftsleitung.

Wahlen finden sollen, welches die Gewähr gegeben hätte, daß bei Wahlen durch die Industriegruppen wirklich alle ihrer Bedeutung entsprechend vertreten gewesen wären? Ohne Duheade von Bezirkskonferenzen wäre man bestimmt nicht ausgetommen. Auch dann hätte man eine Gewähr für ordnungsmäßige Wahlen nicht übernehmen können.

Auch die Kosten, welche der Kongress schon verursacht, müssen in Betracht gezogen werden. Sie sind sehr groß. Die Kosten für Bezirkskonferenzen hätten diejenigen für den Kongress insgesamt noch überbritten. Außerdem liegt die Schwierigkeit der einheitlichen Zusammenfassung der Betriebsräte zur Zeit doch auch noch darin, daß eben der Betriebsräte-Kongress noch nicht gesprochen hat und den augenblicklich bestehenden Richtlinien mithin die Sanktion der Betriebsräte fehlt.

Um aber nun unter allen Umständen eine ihrer Bedeutung entsprechende Vertretung aller Industriegruppen und aller Wirtschaftsgebiete herbeizuführen, werden erstmalig die Wahlen von den Gewerkschaften eingeleitet, die durch ihren Organisationsapparat in der Lage sind, eine Gewähr für die ordnungsmäßige Durchführung der Wahlen zu bieten. Die Wahlen selbst erfolgen ausschließlich durch die Betriebsräte resp. Arbeiter- und Angestelltenratsmitglieder und die Obleute der Kleinbetriebe. Es können außerdem nur im Amte befindliche Angehörige von Betriebsvertretungen gewählt werden.

Es ist nicht anzunehmen, daß den Kritikern dieses Wahlverfahrens die Schwierigkeiten jeder anderen Durchführung der Wahlen unbekannt sind. Seitens der Gewerkschaften ist andererseits noch nie behauptet worden, daß der gesunde Wahlwille ein Ideal darstellen würde. Unter Berücksichtigung der zur Zeit bestehenden Verhältnisse ist er jedoch immer noch die beste Lösung. Vor allen Dingen ist jede Gewähr einer ordnungsmäßigen Wahl gegeben und die Betriebsräte sind in der Lage, die Durchführung dieser Wahlen zu kontrollieren.

Wenn den Landarbeitern eine etwas stärkere Vertretung zugesprochen worden ist, so ist dies mit Rücksicht auf die Bedeutung der Landwirtschaft geschehen. Eine Majorisierung des Kongresses in irgend einer Form ist jedoch dadurch nicht möglich. Im übrigen sind die Delegiertenliste nach Maßgabe der Mitgliederzahl der einzelnen Gewerkschaften verteilt worden. Die Arbeiterpresse wird um Abdruck gebeten.

Die Zuschrift zeigt, wie viel wichtige Arbeit der Räte-Kongress für den zukünftigen Aufbau der Räteverbindungen zu leisten hat. Ferner gibt sie zu erkennen, daß sich die Gewerkschaftliche Betriebsrätezentrale der Mängel des vorläufigen Wahlverfahrens bewußt ist, wovon wir gern Notiz nehmen. Umso notwendiger ist die lebhafteste Teilnahme aller im freigewerkschaftlichen Lager vertretenen Richtungen an den Wahlen, damit der Kongress vor seinen schwerwiegenden Entscheidungen alle Meinungen kennen lernt und alle Vorschläge zu prüfen vermag.

## Betriebsräte

### Die Theater-Betriebsräte für selbständige Betriebsräteorganisation

In einer am Dienstag von der Afa einberufenen Versammlung der Theater-Betriebsräte wurde nach einem Referat des Genossen Wolff von der Betriebsrätezentrale und nach kurzer Diskussion einstimmig die nachstehende Beschlusse gefaßt:

Am 31. August im Gewerkschaftshaus versammelten Arbeiter- und Angestelltenräte der Groß-Berliner Theater erklären, daß sie ein unbedingtes Gebot der Stunde halten. Sie lehnen die Bestrebungen auf Fokussierung der Arbeiter und Angestellten entschieden ab und stellen sich auf den Boden der selbständigen Betriebsräteorganisation. Die Betriebsräte verpflichten sich, in diesem Sinne zu wirken und sich der Zentrale der Betriebsräte anzuschließen.

## Gewerkschaftliches

### Maßregelung wegen Einklagung schiedsgerichtlicher Ansprüche

Der Angestelltenverband des Buchhandels, Buch- und Zeitungsverwerbes teilt uns folgendes mit: In Tarifstreitigkeiten der Stuttgarter Angestellten des Groß- und Kleinhandels und des Buchhandels wurde vom Schlichtungsausschuss ein Schiedspruch gefällt, der durch das württembergische Arbeitsministerium für verbindlich erklärt wurde. Trotz dieser Verbindlichkeitsklärung sabotiert der Arbeitgeberverband der Deutschen Buchhändler, Ortsgruppe Stuttgart, diesen Beschluß und verfuhrte durch Judrücken, daß die Angestellten statt der 105 bzw. 110prozentigen Zuschläge auf die Grundgehälter nur 100 Prozent erhielten.

Der Gauvorsitzende unserer Organisation erhob demgegenüber beim Kaufmannsgericht in Stuttgart Klage gegen keine Firma, die bekannte Union Deutsche Verlagsgesellschaft, Leipzig und Stuttgart. Das Kaufmannsgericht gab der Klage statt und erklärte das Urteil für vorläufig vollstreckbar. Daraufhin wurde dem Kollegen mit der Begründung gekündigt, „es widerstrebt uns, mit einem Angestellten zusammenzuarbeiten, der mit uns in einem Prozeß liegt“. Diese beispiellose Sabotierung, nicht nur der gesetzlichen Schlichtungseinrichtungen, durch eine Unternehmung, die sonst immer nur die Hochhaltung von Gehalt und Recht verfocht, sondern auch jeder gewerkschaftlichen Arbeit, muß als schärfste Zurückweisung werden. Es liegt hier eine Maßregelung vor, die von einem Uebermut des Kapitalismus zeugt, den sich die breiten Massen der Angestellten und Arbeiter unter keinen Umständen ruhig gefallen lassen dürfen. Die Zeiten sind vorüber, wo Angestellte und Arbeiter hilflose Sklaven gegenüber der Willkür des Unternehmertums waren. Auch die Union wird erkennen müssen, daß ein für allemal auch der Angestellte das volle Recht hat, in Wahrnehmung seiner gesetzlichen Rechte das ihm zustehende zu fordern. Die Arbeiterchaft und Angestelltenchaft aber muß erkennen, daß sie nur durch den rüchhaltigen Zusammenschluß in ihren Organisationen in der Lage ist, der Willkür eines derartigen Unternehmertums, das sich wieder „Herr im Hause“ fühlt, entgegenzutreten zu können.

### Tariftreue und Tarifbruch

Ueber die „Warschauer Bierhallen“, Warschauer Ecke Komintener Straße, hat der Verband der Gastwirtsgehilfen den Boykott verhängt. Von dem Inhaber des Lokals, Herrn Hahn, wird an die Gäste ein Flugblatt verteilt, worin Herr Hahn bemerkt, daß nichts weiter gegen ihn vorliegt, als daß er zwei Kellner beschäftigt, die er unter Umgehung des Arbeitsnachweises eingestellt habe. Diese Kellner seien aber Familienväter, die lange Zeit ohne Erwerb gewesen sind.

Der Verband der Gastwirtsgehilfen schickt uns nun ein Schreiben, worin gesagt wird, daß die Umgehung des Arbeitsnachweises ein Tarifbruch sei. Der eine Kellner sei bis Februar 1920 bei der Eisfabrik beschäftigt gewesen und habe nicht so wie andere unter der Arbeitslosigkeit gelitten. Der Betreffende habe sich ohne Rücksicht auf längere Zeit arbeitslose Kollegen, die zum großen Teil auch kinderreiche Familienväter sind, angebetelt. Die beiden Kellner haben aber noch die Mitgliedsbücher der Organisation in Händen, aber ob sie noch fernher sich zur Organisation betrauen können, sei fraglich. Die Warschauer Bierhallen, so schließt das Schreiben des Verbandes, sind nach wie vor für Organisierte gesperrt.

Die Lohnbewegung der Droschkenfürer kann nach den am Donnerstag stattgefundenen Versammlungen als mit teilweiseem Erfolgs beendet angesehen werden. Ein bereits der längerer Zeit gefällter Schiedspruch hatte den Grundlohn von 2 auf 3 Mark und den Verdienstanteil von 25 Prozent auf 30 Prozent erhöht. Die entschiedene Ablehnung des Spruches durch die Unternehmer hat einen Teilschritt hervorgerufen, der mit einer teilweiseen Aufsperrung beantwortet wurde. Die Einklagung, die schließlich zustande kam, gewährte eine Erhöhung des Grundlohnes von 2 auf 4 Mark ab 19. August. Der Beitrag gilt bis 31. Dezember mit 14 tägiger Rüdigungskfrist.

Die Lohnbewegung der Darmarbeiter, welche im Zentralverband der Fleischer organisiert sind, hat mit einem vollen Erfolg für dieselben geendet. Nachdem die Verhandlung vor dem Einmündungsausschuss des Gewerbegerichts keine Einigung brachte, beantragte die Vollversammlung die Sektionsleitung, ihre Forderung der Arbeitgebervereinerung gegenüber aufrecht zu erhalten und beschloß bei Nichterreichung die Arbeits Einstellung. Das feste Zusammenhalten der Arbeitnehmer hat seinen Eindruck auf die Arbeitgeber nicht verfehlt und brachte eine Rohruhrhöhung von wöchentlich 76,50 Mk., so daß dieselben mit einem Wochenverdienst von 265 Mk. wenigstens einigermaßen den Anforderungen des Lebens gerecht werden können.

## Groß-Berlin

### Lehrstellen für geistige und körperliche Krüppel

Bei der Beratung und Vermittlung Lehrstellenjuchender hat es sich als ein besonderer Mangel herausgestellt, daß keine Gelegenheit vorhanden ist, geistig zurückgebliebene, körperlich verunstaltete und vorstimmige Jugendlichen in geeignete Lehrstellen unterzubringen. Die normal veranlagten Schulentlassenen finden immer noch diese oder jene Gelegenheit, eine zweckmäßige Ausbildung zu erzielen. Dagegen aber bleiben die erstgenannten in den meisten Fällen sich völlig überlassen in dem Bewußtsein, daß keine Möglichkeit besteht, ihnen eine Berufsausbildung zu beschaffen.

Diesem Zustand muß unbedingt baldige Abhilfe geschaffen werden. Lehrmeister finden sich nur selten, die überhaupt bereit sind, diese von der Natur vernachlässigten Kinder in eine Lehre zu nehmen. Die wenigen Meister, die dazu geneigt sind, sind meistens aber nicht befähigt und geeignet, gerade diesen Lehrlingen entsprechende Ausbildung zu gewähren. Entweder suchen sie zu große Vorteile von diesen Tarmten der Armen zu ziehen, oder aber sie besitzen nicht die unbedingt notwendigen Fähigkeiten, die zur Ausbildung und Behandlung derartiger Hilfsbedürftiger vorhanden sein müssen. Meistens fehlen alle Einrichtungen, die z. B. zur Ausbildung von Krüppeln erforderlich sind. Die bestehenden Anstalten, die sich mit der Ausbildung von geistig und körperlich Anormalen befassen, kommen aus diesen oder jenen Gründen ebenfalls oft nicht in Frage.

Hunderte solcher Hilfloser müssen daher aus dem vorderwärtigen Grunde ohne jede berufliche Ausbildung bleiben. Das hat zur Folge, daß sie gezwungen werden, sich als Bettler und Hausierer auf den Straßen herumzutreiben, um von Almosen und Armenunterstützungen zu leben.

Würde nur ein Teil der enormen Mittel, die an Armenunterstützungen für diese Berufslosen ausgegeben werden müssen, für deren Ausbildung verwendet, so könnten wohl die meisten von ihnen ihren Unterhalt ganz oder zum Teil selbst aufbringen. Es würden dadurch nicht nur große Summen gespart werden, sondern auch das an sich schon traurige Los der Betroffenen wesentlich erleichtert und verschönert.

Für solche Jugendlichen, die nicht bei geeigneten Lehrmeistern in Lehrstellen gebracht werden können, müßten Lehrwerkstätten eingerichtet werden, die ohne Pension und Internat sein können; denn in Frage kommen nur solche Jugendlichen, die wenigstens noch über die Möglichkeit verfügen, den Weg von der Wohnung nach der Werkstatt zurückzulegen, und zu Hause versorgt werden. Der Deputations für das städtische Berufsamt in Berlin ist jetzt ein diesbezüglicher Antrag unterbreitet worden, und es ist zu wünschen, daß dieser so schnell wie möglich zur Erledigung kommt, damit möglichst schon für die bevorstehende Schulentlassung den in Betracht kommenden Knaben und Mädchen ein wertvoller Dienst geleistet werden kann.

### Für die Feuerbestattung

Der Volks-Feuerbestattungs-Verein Groß-Berlin hielt am 30. August in den Sophienkölle eine außerordentliche Generalversammlung ab.

Der Vorsitzende **Milchahn** berichtete zunächst über den Ausbau der Organisation des Bestattungswesens. Alsdann sprach er insbesondere über die Verhandlungen der Verbandstage der Preussischen, sowie der Feuerbestattungs-Vereine deutscher Sprache in Göttingen. Die Berichte wurden mit großer Zustimmung und folgenden Entschlüssen einstimmig angenommen:

1. Entschließung (an den Deutschen Reichstag): „Der Verband der Feuerbestattungs-Vereine deutscher Sprache beschließt, in geeigneter Form an das Präsidium des Reichstages mit der Bitte heranzutreten, die Reichsregierung zu veranlassen, entsprechend der von dem Plenum der ehemaligen Nationalversammlung ihr zur Berücksichtigung überwiesenen Eingabe des Verbandes der Feuerbestattungs-Vereine mit angegeschlossenem Gesetzentwurf, die Einbringung der Gesetzesvorlage möglichst zu beschleunigen.“

2. Entschließung (an die preussische Regierung): „Als Endziel unserer Bewegung fordern wir die völlige Gleichstellung der Feuer- und Erdbestattung, die wir darin erblicken, daß die Wahl zwischen beiden Bestattungsarten in jedem einzelnen Fall dem Bestattungspflichtigen obliegen soll, sofern nicht der Bestattende eine Entscheidung darüber getroffen hat. Unter Aufhebung der bisherigen gesetzlichen Bestimmungen beantragen wir eine entsprechende Vorlage bei der Regierung und Weitergabe an die Landesversammlung.“

Die Versammelten erwarten, daß im Interesse der Volksgesundheit und Volkswirtschaft dem Verlangen nach Gleichberechtigung der Feuer- und Erdbestattung endlich Rechnung getragen wird. Der Vorstand des Volksfeuerbestattungs-Vereins wird beauftragt, diese hier niedergelegten Entschlüsse den Fraktionsführern der großen Parteien der preussischen Landesversammlung und dem Deutschen Reichstage zur wörtlichen Berücksichtigung zu unterbreiten.

Die Mitglieder des V. F. V. verpflichten sich bei öffentlichen Wahlen zu den Reichs-, Land- und Stadtparlamenten dahin wirken zu wollen, daß Vertreter zu diesen Körperschaften gewählt werden, welche auch bereit sind, im Parlament für Gleichberechtigung der Feuer- mit der Erdbestattung einzutreten.“

### Dänische Kindertransporte

Am Freitag, den 27. August, abends 10 Uhr, kam auf dem Steintiner Bahnhof ein Transport der in Dänemark zur Erholung gewesenen Kinder an. Die Zustände, die sich bei dem Empfang abspielten, waren derart, daß sie den schärfsten Protest hervorriefen.

Die Eisenbahnverwaltung hatte Bahnsteigkarten ausgegeben, jedoch beim Einlauf der Person von den Eltern überlassen. Weitere Hunderte von Eltern standen vor der Bahnsteigsperrung. Es war trotz Zuredens des wenigen Eisenbahnpersonals unmöglich, den Person frei zu machen. Die Bahnverwaltung leitete daher die Wagen nach dem Steintiner Vorortbahnhof über. Als die Eltern das gewahrt wurden, hürzten sie nunmehr nach der Bahnhofsvorhalle. Es entwickelte sich ein heilloser Drüber und Drunter. Die Kinder fingen in ihrer Raslosigkeit an zu weinen. „Gute Freunde“ nahmen sich der Kinder an und stahlen ihnen ziemlich umfangreiche Pakete. Die Empörung unter den Eltern war groß und machte sich in erregten Worten Luft. Die Damen des dänischen Hilfkomitees, die wahrlich keine Schuld an den Verhältnissen trugen, wurden beleidigt und fast tödlich angegriffen.

Daß es zu derartigen Szenen kam, ist größtenteils Schuld der Bahnverwaltung. Auch das geradezu unmännliche Verhalten einiger Eltern trug das seinige dazu bei.

Es wäre zweckmäßig, da in den nächsten Tagen Transporte zu erwarten sind, daß die Bahnverwaltung sich mit dem dänischen Hilfkomitee in Verbindung setzt, um einen geregelten Empfang der Kinder herbeizuführen. Besserlich ließe es sich ermöglichen, die Berliner Kinderschutzkommission mit heranzuziehen. Weiter wäre vorzuschlagen, daß während dieser Zeit der Bahnsteigartenverkauf eingestellt und die Hälfte des Bahnhofes abgesperrt wird, um so die Kinder mit den Paketen leichter den Eltern zuzuführen. Dabei ist jedoch in Betracht zu ziehen, daß, wenn die Ausrüstung zu lange dauert, die Eltern größtenteils keine Bahnverbindung mehr haben.

So, wie die Verhältnisse jetzt liegen, können sie unter keinen Umständen bleiben. Ganz energisch müßte jedoch den Vertretern der Langfingerjucht auf die Finger geklopft werden.

**Verwaltungsbezirk 15.** Heute Sonnabend, 7 Uhr findet, im Restaurant in Baumchuloweg, Baumchulowstr. 6, die Fraktionsführung der Bezirks- und Stadtverordneten statt, wozu je ein Vertreter des örtlichen Vorstandes und der örtlichen kommunalen Kommissionen eingeladen ist. Die Objekte der kommunalen Kommissionen treffen sich um 8 Uhr zu einer Vorbesprechung ebenda.

**Arbeitslose!** Am Mittwoch, den 8. September 1920, mittags 1 Uhr, finden in Berlin 6 große Arbeitslosenversammlungen statt mit der Tagesordnung: „Was ist erreicht und was ist zu tun?“ Die Versammlungsorte werden noch näher bekanntgegeben. Arbeiterrat der Arbeitslosen. Provisorischer Aktionsausschuß.

Der **Bädermeister Paul Jilinski**, Brangelstr. 21, ist wegen unzuverlässiger Betriebsführung von der Rechtsabteilung ausgeschlossen worden. — Der **Bädermeister Josef Sarnowski**, Liesenstr. 17, ist wegen unzuverlässiger Betriebsführung auf die Dauer von zwei Monaten vom Viehlbezug ausgeschlossen worden.

Die **Vollmilchkarten** für Oktober 1920 werden in den zum Milchamt Berlin gehörenden Gemeinden in den nächsten Tagen ausgegeben und zwar in Berlin für die Kinder im ersten und zweiten Lebensjahre am Montag, den 6. und Dienstag, den 7. September, für die Kinder im dritten und vierten Lebensjahre am Mittwoch, den 8. und Donnerstag, den 9. September, für die Kinder im fünften und sechsten Lebensjahre am Freitag, den 10. und Sonnabend, den 11. September 1920. Jedoch sind den Haushaltungen, denen Karten für verschiedene Altersstufen zustehen, sämtliche Milchkarten an einem Tage auszuhändigen. Die In-

haber von Vollmilchkarten haben die Oktoberkarten bis zum 21. September 1920 einschließlich den Kleinhändlern vorzulegen. Es dürfen sich Inhaber von „A“ und „B“-Kinderkarten und von Karten über 1/2 Liter, welche mit „A“ gekennzeichnet sind, nur in den durch ein Plakat gekennzeichneten „A“ und „B“-Milchgeschäften, Inhaber der übrigen Vollmilchkarten nur in den durch Aushang kenntlich gemachten „C“-Milchgeschäften zum Bezuge von Vollmilch anmelden. Nähermittelbezugsheine über 1 1/2 Pfund werden an die am 1. Oktober 1919 und später geborenen Kinder, Nähermittelbezugsheine über je 1 Pfund an die in der Zeit vom 1. Oktober 1918 bis 30. September 1919 geborenen Kinder, zusammen mit den Oktober-Milchkarten, vorausgegeben.

Zum **Herbstreinmachen** und **Umzugstermin** wird den Hausfrauen die kostenlose Vermittlung zuverlässigen Anstülperpersonals, besonders tüchtiger Wasch- und Reinmachefrauen, durch den Arbeitsnachweis der Stadt Berlin in Erinnerung gebracht. Vesteellungen telefonisch oder durch Postkarte, möglichst zwei Tage vorher, in allen Hauspersonalabteilungen: **Näherstr. 9, F. A. Norden 11 040—11 046, 3691, 3692, 9764, 3791—3797; Eichhornstr. 1, F. A. Lüchow 8753; Friedrichstr. 110/112, F. A. Norden 2186—2190; Kopenstr. 1, F. A. Alexander 2230; Paulstr. 1, F. A. Moabit 9434; Jägerstr. 11, F. A. Zentrum 6996; Belle-Allianceplatz 5, F. A. Moritzplatz 1460. Geöffnet täglich von 8—7 Uhr, Sonnabends 8—1 Uhr.**

**Höchstmieten für möblierte Zimmer!** Von zuständiger Stelle erfahren die B. V. M.: Mehrfachen Klagen gegenüber betrügerischer Mietsaufschläge bei möblierten Zimmern wird mitgeteilt, daß die Abvermietung bezüglich der Höhe des Mietzinses nach § 12 der Preussischen Höchstmietenverordnung ebenfalls der Genehmigung der Mietsetzungsämter unterliegt.

**Öffentliche gemeinverständliche Filmvorträge der Treptow-Sternwarte.** Sonntag, den 6. September, nachm. 8 Uhr: „Im Lande der Schwarzen“; 6 Uhr: „Mit Djeandamper von Bremen nach New-York“; 7 Uhr: „Christoph Columbus“. — Dienstag, den 7. September, abends 7 Uhr: „Gibt es ein Leben auf dem Monde?“ (Vortrag mit zahlreichen Lichtbildern von Dr. Dr. Archibald.) — Mittwoch, den 8. September, abends 7 1/2 Uhr: „Untere deutsche Häfen.“ (Vortrag mit Lichtbildern von Herrn Privatdozent Dr. Spehmann.) Mit dem großen Fernrohr wird bei klarem Wetter nachm. die Venus und abends Ringnebel in der Leier oder Doppelfierne beobachtet.

**Magere Menschen — fette Schweine.** Mit dem unter dieser Ueberschrift in Nr. 349 der „Freiheit“ veröffentlichten Artikel sind wir, was voraussehen war, ins Fettnäpchen getreten. Sowohl der Chefarzt, wie der Vorsteher des Arbeiterrats des Baraden-lazarets Lempelsofer Feld, sandten uns eine Verächtlichkeit, in den verachteten wurde, die in unserem Artikel aufgestellten Behauptungen zu entkräften. Der Artikel war auf Grund einer mit rund hundert Unterschriften bedeckten schriftlichen Beschwerde der Patienten geschrieben. Eine nachträgliche Unterredung eines Vertreters unseres Blattes, die im Beisein des Patientenvrats mit dem Chefarzt und dem Arbeiterrat stattfand, hat für uns ergeben, daß im wesentlichen alles, was wir geschrieben haben, zutrifft. Wir müssen deshalb ablehnen, auf die Besichtigungsvorläufe der „Berichtigung“ einzugehen und bedauern nur, daß ein Arbeiterrat es nicht auch für seine Pflicht hält, die Interessen von Patienten, die doch auch Proletarier sind, mit zu vertreten. Der Arbeiterrat, der die uns überhörende Verächtlichkeit mit unterschrieben hat, beweist dadurch nur, daß er sich entweder mißgünstig fühlt oder nicht das Rückgrat besitzt, gegenüber Chefarzt und Lazarettinspektor aufzutreten.

**Eine Wohnungsgenossenschaft (A. R. F. W.),** die die Wohnungsnot beseitigt, indem sie sich erbietet, beim Austausch von Wohnungen behilflich zu sein, ist kürzlich hier gegründet worden. Mehrere Personen, die diese Gesellschaft in Anspruch genommen haben, sind aber von deren Tätigkeit nicht befriedigt. Sie teilen uns mit, daß sie die Auffassung haben, es sei der Gesellschaft nur darum zu tun, die Gebühren von 15 Mark pro Zimmer einzustreichen, und damit sei anscheinend auch Schluss. Es ist daher wohl jedem anzuraten, sich mit Vorsicht an die A. R. F. W. heranzuwenden.

**Jugendweihen der Freireligiösen Gemeinde Berlins und Vorort.** Die diesjährigen Herbst-Jugendweihen der Freireligiösen Gemeinde finden wiederum in der großen Festhalle des Stadthauses, Eingang Klosterstraße, statt und zwar an den drei September-Sonntagen, den 12., 19. und 26., vormittags 10 1/2 Uhr. In allen drei Sonntagen hält Gen. Ernst Dämmig die Festrede. Eintrittskarten zu 50 Pf. sind möglichst frühzeitig zu beschaffen.

**Ankauf des Rittergutes Brig.** Der Ankauf des ehemaligen Rittergutes Brig ist seitens der Gemeinde Brig beschlossen worden. Es fehlt allerdings noch die Genehmigung Groß-Berlins. Interessant sind die Preise, die für das Rittergut früher gezahlt wurden. Während dasselbe um 1800 mit 43 000 Talern bewertet wurde, kostete es der Ehegatte der letzten Eigentümerin, der Spiritusbrennerin Wedde, in den 80er Jahren für etwa 900 000 M. Jetzt sollen 15 Millionen Mark für das etwas vergrößerte Gut gezahlt werden.

**Schöneberg-Friedenau.** Der Vorbereitungskursus zur Jugendweihen findet Sonntag vormittags von 10—11 1/2 Uhr im Jugendheim Steglitz, Feuer- oder Kneiphofstraße, statt. Die Jugendweihen ist Sonntag, den 19. September, vormittags 10 Uhr, im Großen Schauspielhaus, früher Zirkus Schumann. Karten für die Teilnehmer und deren Angehörige werden in dem Vorbereitungsunterricht ausgegeben.

Die „**Freie sozialistische Jugend**“ und die „**Sozialistische Proletarierjugend**“ von **Lichtenberg** und **Friedrichsfelde** hatten zum Donnerstag eine öffentliche Jugendversammlung nach dem Realgymnasium in der Vorhalle in Lichtenberg einberufen. Ueber das Thema: „Die Bedeutung des Internationalen Jugendtags“ referierte der Genosse **W. K. Rath** vor etwa 300 jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen. Er schilderte kurz, wie die Schule zweimal im Jahre die noch ganz jungen Mädchen und Jungen aussperrt und wie sie als billige Ausbeuteobjekte in die Betriebe und Kontore gesteckt werden, während im Gegenlag dazu die Söhnelein und Töchter der Reichen jetzt erst ernstlich an die Bildung denken.

Und das alles, weil man im Schoße einer Proletariermutter geboren wurde. Der Redner schloß seine Ausführungen unter dem tosenden Beifall der Anwesenden mit der Aufforderung, noch heute in die Reihen der kämpfenden Arbeitbrüder und -Schwestern zu treten und am 6. September unter flatternden roten Fahnen für die kommunistische Jugendinternationale zu demonstrieren.

Ein großer **Fabrikbrand** kam gestern vormittag in der Dachpappen- und Asphalt-Fabrik von Dr. Ing. **Wilhelm Schiemann** zu **Kudow**, unmittelbar am **Teltowkanal**, zum Ausbruch. Nach Aussagen von Augenzeugen entstand der Brand durch Ueberhocken von Teer. Die Ortswehren von **Adlershof**, **Rudow**, **Brig**, **Budow**, **Johannisthal** u. a. Vororten griffen mit etwa zehn Schlauchleitungen energisch an. Nach mehrstündigem Wasser geben war die Gefahr für die angrenzenden Gebäude beseitigt und der Brand auf das Fabrikgebäude beschränkt. Der Gebäudeschaden und Materialschaden ist bedeutend, doch hofft man den Betrieb aufrechterhalten zu können.

**Sicherheitspolizisten als Einbrecher.** In der Nacht zum Freitag drangen in die Landenkolonie „**Waldfrieden**“, die sich auf Charlottenburger Gelande in der Nähe des Restaurants „**Karlshof**“ befindet, vier Männer ein, von denen drei in Zivil und einer in der Uniform der Sicherheitspolizei waren. Durch das Geräusch, das durch die Berührung einer Gartentür entstand, war der Bewohner einer Laube wach geworden. Er lief hinaus und brachte zwei der Einbrecher durch den Ruf: „**Halt, oder ich schieße!**“ zum Stehen. Zwei Mann liefen aber doch davon, während die anderen beiden stehen blieben; der eine von ihnen war der in Uniform. Von alarmierten anderen Landenkolonisten wurden die beiden festgenommen nach der Sicherheitswache in **Blöthensee** gebracht. Hier wurden sie festgehalten als der Hauptwachmeister **Edward N.** von der zweiten Hundertschaft, Abteilung **Zegel**, und der Unterwachmeister **Sch.** von der vierten Hundertschaft derselben Abteilung. Auch die beiden Flüchtigen sollen Beamte der Sicherheitspolizei sein. Da in letzter Zeit schon mehrere Einbrüche auf demselben Gelände stattgefunden haben, ist gegen die Beamten Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet worden. — **Reite Sicherheitswächter!**

**Chetragddie.** Der Schlossermeister **Paul Lange** hat sich mit seiner 18jährigen Ehefrau in der gemeinsamen Wohnung, die sie vor kurzem bezogen haben, in der letzten Nacht mit Gas vergiftet.

### Aus den Organisationen

2. **Direkt.** Montag, 6 Uhr, Vorberathung bei **Stark, Voelkerstr. 3.**

3. **Direkt.** 4. Abtheilung. Montag, 7 Uhr, bei **Wendler, Dieffenbachstr. 54.** Sitzung der Fraktionsführer und Objekte der Kommissionen.

4. **Direkt.** Die Vollerfassung der Räte und Gewerkschaftskommissionen findet am Sonntag n. g. statt.

5. **Direkt.** Sonntag, früh, 9 1/2 Uhr, Sitzung der politischen Kommission bei **Keller, Weichselstr. 31.**

6. **Direkt.** Alle Fraktionen treffen sich heute nachmittags, 5 Uhr, im **Vertrauen** des großen Saales des **Neuen Welt**, um dem Genossen **Tisch** die Funktionärstellen in Empfang zu nehmen. Ohne Karten kein Zutritt zur Versammlung. Mitglieder anderer Fraktionen sind willkommen.

**Neustadt.** In der am Sonntag stattfindenden Demonstration für die weltliche Schule veranlassen sich die Genossen in den Bezirkskollektiven, mittags 12 Uhr, zum geschlossenen **Wochenmarkt**. Fraktionskommissionen und Objekte sind Sonntagmorgens 12 Uhr, im **Vorarlraum** — **Bildungskommissionen**. Die Objekte des **Communisten** müssen sofort abgehört werden. — **Einberufung.** Die Objekte der 2. **Walden-Gemeinschaft**, **Radnitzstr.**, geben ihre Briefe bei **Gen. Tischler, Berlinstr. 21**, ab.

**Neustadt.** Montag, 7 Uhr, im **Kathaus**, Fraktionsführung der **Stadtverordneten** und **formale Kommissionen**. In dieser Sitzung nehmen die **Bezirksleiter** und die **Stadtverordneten** und **formale Kommissionen** teil.

**Charlottenburg.** Anmeldeungen für die Jugendweihen werden nicht mehr angenommen. — Die Sitzung der **Kommunisten** fällt heute abend aus.

**Charlottenburg.** Sonnabend, abends 7 Uhr, Sitzung der **Landtagsfraktionen** bei **Imberg**.

**Direkt.** **Rieberbarum** n. g. **Bildungskommissionen**. Montag, 6 Uhr, im **Saal** von **Albrecht, Lichtenberg**, **Neue Kottbusstr. 2** (Stralauer-Kommunisten). Sitzung der örtlichen **Bildungskommissionen**. Tagesordnung: **Stellungnahme zur Groß-Berliner Bildungsförderung**, **Auffstellung eines Winterprogramms**. Es wird um **unabhängiges** und **unparteiliches** Erscheinen gebeten.

**Direkt.** **Rieberbarum** n. g. **Die** zu heute abend angelegte **Direktionskonferenz** findet n. g. statt, sondern erst am 11. d.

**Sektion Post und Telegraphie.** Die Funktionäre nehmen Sonnabend, 6 Uhr, an der **Versammlung** in der **Neuen Welt** teil. Eintritt nur gegen **Funktionärkarte**.

**Spandau.** Montag, den 6. abends 10 1/2 Uhr, im **Saal** **Cherubim, Elisabethstr. 2**, Sitzung **fraktioneller** A. R. F. W. **Stierenbeide** und **Erstgenosse**. Vortrag des **Genossen** **U. K. K.**

**Mahlsdorf.** **Milchschlager, Kellner**. Am Montag, 6. d. M., abends 8 Uhr, bei **Kramer, Finkenwälder Str.**, Sitzung **fraktioneller** Funktionäre. Tagesordnung: **Die dritte Internationale**, **Reichstages**, **Erscheinen aller Funktionäre** unbedingt erforderlich. — Die **Zeitungspetition** befindet sich bis auf weiteres bei **Genossen** **Gebler, Mühlentweg 4**.

### Bereinskalender

**Zentralverband der Ungeheueren.** Jagdgruppe 185 (Sondelschütz). **Mitglieder-**versammlung, 4. d., abends 7 1/2 Uhr, **Alter Botaniker, Knechtstr. 11**.

**Verband der Jahrbuchverleger.** Sonntag, vormittags 9 Uhr, in der **Schulhaus**, **Deutzer Str. 113**, **Generalversammlung**. Alle Delegierten werden ersucht, pünktlich zu erscheinen. Die **Ordnung** wird.

**Verband sozialistischer Lehrer.** Die heutige Sitzung findet nicht im **Kathaus**, sondern **Stadthaus, Klosterstraße, Zimmer 245** statt.

**Verbandsrat „Freiheit“.** Montag, 7 Uhr, Fortsetzung der **Vereinsversammlung** in der **Halle** der **6. Gemeinschaft**, **Kleine Frankfurter Str. 2**.

### Lebensmittelkalender

**Wien.** Für die Zeit vom 30. August bis 5. September 1920 wird auf **Wahl** 26 der **Groß-Berliner Lebensmittelkarte** bestmögliche auswählbares **Gewicht** für den Preis von 2,50 M. für 100 Gramm oder **inwählbares** **Preis** für die 26 bekannten **Kleinstausgaben** abgegeben. **Zufällig** sind als **Wohlmenge** 250 Gramm (einmal, Knollen) für **Erwachsene** und 125 Gramm für **Kinder** unter sechs Jahren.

Verantwortlich für die Redaktion: **Les Diebstahl, Berlin-Friedenau**. **Verantwortlich** für den **Text**: **Ludwig Kommetzner, Berlin**. — **Druck** der „**Freiheit**“ **Druckerei** G. m. b. H., Berlin C. 2, **Breite Straße 54**.

Buchhandlung „**Freiheit**“, Berlin C. 2, **Breite Straße 8—9**

Geben erschiene!

### ARBEITERJUGEND

und

### SEXUELLE FRAGE

Von **Hans Bachmann**. Preis 2.— Mark

Organisationen erhalten Rabatt!

Buchhandlung „**Freiheit**“, Berlin C. 2, **Breite Straße 8—9**

**Billige-Hosen**

geschmackvoll gestreift, in Kammgarn und Cheviot.  
Alle Größen sind vorrätig.

Hosen früher 125—140 jetzt M. 90	Hosen früher 325 . . . jetzt M. 230
Hosen früher 225 . . . jetzt M. 150	Hosen früher 385—400 jetzt M. 290
Hosen früher 250 . . . jetzt M. 170	Hosen früher 475 . . . jetzt M. 425

**Gummimantel** Besonderer Gelegenheitskauf 425  
aus gutem modifarbenem Stoff . . . M.

unic - Hosenträger - Weiße und Woll-Unterkleidung sehr billig!

**Nur** eine Verkaufsstelle **BaerSohn** **Keine** Filialen mehr

**Nur** Chaussee-Straße 29-30 **Nur**

**Lebten Die Frau Kümmen mit**

**Oetker's**

**Milch-Eiweiß-Sulber**

mit **Triabausatz**  
Nährhaft u. gebrauchsfertig wie

**2-3 Eiweiß**

für **Hannkuchen, Mäde, Kuchen, Torten.**

Man verlange **Rezeptbuch** 6  
Hochwertigen **Oetker's** **6 M. 50**  
Bielefeld.

**Keine Wanze mehr** **„NicoDax“** **Keine Wanze mehr** **„NicoDax“**

**Keine Wanze mehr** **„NicoDax“** **Keine Wanze mehr** **„NicoDax“**

**Rauch-Kaffee** **Quedlinb., Zint.**

**Rauch-Kaffee** **Quedlinb., Zint.**

**Rauch-Kaffee** **Quedlinb., Zint.**

**Rauch-Kaffee** **Quedlinb., Zint.**